# Namslauer Stadtblatt.

## Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

**Bezugs-Preise:**
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich bis auf Weiteres zweimal: Mittwoch und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle 5,75 Mk., in den Verkaufsstellen 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,30 Mk. vierteljährlich.
Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

**Anzeigen-Preise:**
Für die einspaltige Kornzeile oder deren Raum 1 Mk., für Auswärtige 1,25 Mk., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 4spaltige Petitzeile 2,50 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

49. Jahrgang. Mit der Beilage: Amtliches „Namslauer Kreisblatt." Fernsprecher 224

Nr. 29. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Mittwoch, den 13. April. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1921.


# Kaiserin Auguste Viktoria †

Wib. Berlin, 11. April. Aus Haus Doorn ist folgendes Telegramm eingetroffen: Ihre Majestät die Kaiserin ist heute früh 6¼ Uhr sanft entschlafen.

Wib. Berlin, 11. April. Die Trauerfeier für die verewigte Kaiserin findet Donnerstag im Hause Doorn statt. Die Beisetzung der Entschlafenen erfolgt Sonnabend vormittag in Potsdam.

Wib. Berlin, 11. April. Nach Meldungen aus Helsingfors sind die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Finnland abgebrochen. Die Russen verlangen Garantien. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen.

Wib. Berlin, 11. April. Alle Fragen und Streitigkeiten, die durch die Gebietsabtretung Nord-Schleswigs an Dänemark entstanden sind, werden Ende April in Verhandlungen, die von deutscher Seite von Ministerialrat von Köner und von dänischer Seite vom Minister des Auswärtigen, Slavenius geleitet werden, erörtert werden.

Für die Teilnahme an der Trauerfeier für die Kaiserin am Sonnabend ergehen besondere Anfagen durch das Oberhofmarschallamt. Beabsichtigte Kranzspenden für die Kaiserin nimmt Schloßinspektor Dallmann, Neues Palais, Potsdam, entgegen.

*

Wie die „Deutsche Tageszeitung" erfährt, werden die sterblichen Ueberreste der Kaiserin am Donnerstag abend auf der Station Wildpark eintreffen, wo sie im ehemaligen Fürstensaal der Bahnhofsstation aufgebahrt bleiben. Offiziere der Walemaller Kürassiere und des Füsilierregiments Königin (Schleswig-Holsteinisches) Nr. 86 werden die Totenwache halten. Am Freitag vormittag wird sich der Trauerzug von der Station Wildpark nach dem Mausoleum im Neuen Palais begeben. Die Kaiserin wird nach dem Trauerzeremoniell der preußischen Könige bestattet werden unter Leitung des letzten Zeremonienmeisters, Oberhofprediger D. Dryander, der die Leiche von Holland nach Potsdam begleitet, wird auch die Trauerrede halten. Am Sonntag wird mit Erlaubnis der Regierung ein Gedenkgottesdienst in allen Kirchen stattfinden. Man erwartet, daß die Kinder und Enkelkinder der Kaiserin bei der Trauerfeier anwesend sein werden, ebenso eine große Anzahl anderer Fürstlichkeiten. Der Kaiser und der Kronprinz werden die sterblichen Ueberreste der Kaiserin bis zur holländisch-deutschen Grenze begleiten.

### Trauerkundgebungen.

Berlin, 11. April. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat, sich mit den Empfindungen und Wünschen ihrer Mitglieder eins wissend, das folgende beschlossen: 1) Bis zum Tage des Beisetzung unterbleiben alle geselligen Veranstaltungen der Partei. 2) Bei politischen Veranstaltungen, die im Programm entsprechend zu gestalten sind, ist unserer Trauer Ausdruck zu geben. 3) Von unseren Parteifreunden erwarten wir, daß sie sich auch im übrigen von lauten Veranstaltungen und Festlichkeiten fernhalten. 4) Der Tag der Beisetzung ist möglichst im Lande durch Trauerfeiern zu begehen.

Berlin, 11. April. Der Nationalverband Deutscher Offiziere widmet der hohen Verstorbenen folgenden Nachruf:

Unsere unvergeßliche und heißgeliebte Kaiserin Auguste Viktoria ist nach langem schweren Leiden heimgegangen. Schmerzerfüllt und trauernd nehmen wir Abschied von der edlen Dulderin, die ihr ganzes Leben dem deutschen Volke, den Armen, Kranken, Verwundeten und Hinterbliebenen gewidmet und sich in unserem Herzen ein Denkmal gesetzt hat, das alle Zeiten überdauern wird. Tief erschüttert gedenken wir unserer schwer geprüften Kaiserin und Königin und des gesamten Königlichen Hauses, denen die aufopfernde Gattin, fürsorgende Mutter und Großmutter entrissen wurde. Gott möge in seiner Gnade ihnen besonders beistehen. Als äußeres Zeichen unserer Anteilnahme und zum Gedächtnis der Hohen Verstorbenen bitten wir unsere Mitglieder auf die Dauer von vier Wochen Trauerzeichen anzulegen.

*

Als eine Heimatlose ist die Kaiserin Auguste Viktoria, 62 Jahre alt, nach langem, qualvollem Leiden im Hause Doorn verschieden. Selten weilt das Leben einer Frau eine solche Kurve zur höchsten Höhe menschlichen Glückes und menschlichen Glanzes und zur tiefsten Tiefe des Absturzes auf. Sie hat niemals den Ehrgeiz gehabt, eine politische Kaiserin großen Stils zu sein, sie wollte weiter nichts sein als eine gute Frau, Mutter und Landesmutter. Und das ist sie gewesen.

Bis zum Kriege ist sie wenig in der Oeffentlichkeit hervorgetreten, obwohl sie damals schon eine sehr rege charitative Tätigkeit entfaltete. Ihre besondere Fürsorge ließ sie dem Säuglingswesen angedeihen. Im Kriege wurde sie mehr und mehr der Mittelpunkt der Fürsorge für die Verwundeten. Es gab wohl kaum ein Lazarett in Berlin, das sie nicht persönlich kannte. Unermüdlich reiste sie durch Deutschland, stets hilfsbereit, stets anfeuernd und tröstend. Bei dieser rein körperlichen Ueberanstrengung entwickelten sich die Anfänge eines Herzleidens, das nach dem Zusammenbruch mit rasender Schnelligkeit sich steigerte.

Hageldicht sind die Schläge des Schicksals auf die arme Frau gefallen. Drei Monate hindurch, nachdem sie mit dem Gatten in Amerongen zusammengekommen war, die Angst wegen der Auslieferung — es hat mehr als einmal nur sehr wenig gefehlt, daß der Kaiser, um allen Weiterungen ein Ende zu machen, sich freiwillig den Siegern stellte, — und kaum war sie darüber beruhigt, setzten die Tragödien in ihrer engsten Familie ein. Zwei Söhne ließen sich scheiden, der eine von ihnen endete durch Selbstmord. Das muß die tief religiöse Frau schwer getroffen haben. Das Herz war solchen Aufregungen nicht mehr gewachsen.

Nun hat sie den unglücklichen Gefährten ihres Lebens und ihres Schicksals alleingelassen und ihren Frieden gefunden. Sie hat nicht einmal auf deutschem Boden sterben dürfen. Ihr letzter Wunsch ist es gewesen in deutscher Erde begraben zu werden.

# Stegerwald preußischer Ministerpräsident.

Berlin, 9. April. Nachdem die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages zur Bildung eines Koalitionskabinetts gescheitert waren, präsentierte heute vormittag die Zentrumsfraktion den Abgeordneten den bisherigen Wohlfahrtsminister Stegerwald als Ministerpräsidenten. Stegerwald hatte vor 3 Tagen noch abgelehnt, sich heute jedoch zur Uebernahme des Ministerpräsidentenpostens bereit erklärt, da die Not der Zeit es erheische. Die Wahl Stegerwalds wird unterstützt von sämtlichen bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten. Bemerkenswert ist, daß sich mittags auch die Sozialdemokraten bereit erklärt haben, Stegerwald zu wählen. Ob Stegerwald nur ein Geschäftsministerium bilden wird, oder ob es ihm gelingt, ein Kabinett unter Hinzunahme der Sozialdemokraten zu bilden, wird von dem Programm abhängen, das er den Parteien vorzulegen hat.

# Aufruf!

Der Krieg und seine Folgen haben nicht nur das deutsche Wirtschaftsleben niedergedrückt, sondern auch in körperlicher und sittlicher Beziehung sind insbesondere bei der heranwachsenden Jugend Uebelstände in die Erscheinung getreten, gegen die von allen Seiten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln angekämpft werden muß. Zur Ertüchtigung und zur Erstarkung unserer heranwachsenden Jugend sowohl in körperlicher als auch in geistiger Beziehung dürfte — und diese Erkenntnis hat sich in weiten Kreisen Bahn gebrochen — nichts besser geeignet sein, als die Verbreiterung der sportlichen Ideen und die Ausübung der Sports- und Leibesübungen aller Art.

Der Sport wird aufwachen, wenn er sich erst seiner Kraft als Faktor unseres öffentlichen Lebens voll bewußt ist. Wer die Vorarbeit der deutschen Sportleute in jenen gefährdeten Abstimmungsgebieten Ostpreußen, Schleswig und Oberschlesien aufmerksam verfolgte, wer ihren Anteil an dem Siege des Deutschtums richtig einzuschätzen weiß und sich dabei dessen Wirkung auf das Wirtschaftsleben unseres ganzen Landes einigermaßen bewußt ist, der wird für den Sport einen anderen Einfluß und eine andere Wertschätzung erlangen, als man bisher bemerken konnte.

Die deutsche Presse fast aller Schattierungen, soweit sie nicht gerade völlig auf Verneinung jeglicher gemeinsamen Arbeit aller Glieder des Volkes versteht, gönnt dem Sport heute wenigstens schon ein kleines Plätzchen. Aber der Sport muß sich des Sprachrohres der öffentlichen Meinung noch ganz anders bedienen, als das bis jetzt erfolgte. Hier gilt es, die Mitarbeit unserer letzten Kräfte mobil zu machen, damit unser Sportbetrieb bei der Masse nicht nur die Sensationswirkung ausgefochtener Wettkämpfe auslöst, sondern auch die Methode unserer Körper- und Willensschule und deren Wirkung auf das Staatsleben den Freunden und Feinden des Sports klar macht.

Der „Sportklub Preußen 16 e. V. Namslau", der schon in manchem friedlichen Fußballkampf die Farbe der Heimatstadt würdig vertreten hat, hat es sich zur Aufgabe gemacht, um auch dem Namslauer Publikum den Sport näher zu bringen, für Pfingsten **Fußballpokalspiele** hier auf dem Preußenplatz austragen zu lassen. Unter großen Bemühungen ist es uns gelungen, 4 hervorragende Gaumeister unserer lieben Heimat Schlesien für den ersten und zweiten Pfingstfeiertag zum Spiel um den von uns gestifteten silbernen „Oltmark-Pokal" zu verpflichten. Der Pokal geht als Eigentum an denjenigen Verein über, von welchem er dreimal gewonnen wird. Es steht also jedes Jahr zu Pfingsten hervorragender Fußballsport hierselbst in Aussicht.

Zu diesem Zweck sind selbstverständlich auch große Mittel nötig. Es geht deshalb der Ruf an die Bevölkerung Namslau's, zu diesem großzügigen Unternehmen durch Gewährung von Geldmitteln beizusteuern. Auch der kleinste Betrag verhilft zum Gelingen.

Geldbeträge nimmt entgegen:

**Sportklub Preußen 16 e. V. Namslau**

auf sein **Konto Nr. 381 bei der Kreisbank Namslau** und der Vorstand zu Händen der Vorsitzenden **Kastner, Hannig.**

**Der Vorstand.**

E. St.

Vorher fand die Wahl des Landtagspräsidiums statt. Zum Präsidenten des Landtages wurde durch Zuruf und ohne Widerspruch der bisherige Präsident Leinert (Soz.) gewählt, erster Vizepräsident wurde Abg. Dr. Porsch (Ztr.), zweiter Vizepräsident Abg. Dr. von Kries (Dtn.), dritter Vizepräsident Abg. Dr. Garnich (Dt. Vp.).

### Stegerwalds Kabinettsplan.

Berlin, 9. April. Der preußische Wohlfahrtsminister erhielt heute mittag bei der Wahl des Ministerpräsidenten 332 von 388 abgegebenen Stimmen. An dieser bedeutenden Mehrheit sind, wie schon angekündigt, sämtliche bürgerlichen Fraktionen und die Fraktion der Sozialdemokratie beteiligt. Auf den Unabhängigen Leid fielen 25 Stimmen, die Kommunisten gaben 23 unbeschriebene Zettel ab, einige Stimmen waren ungültig. Das Ergebnis der Wahl wurde im Hause mit großem Interesse besprochen. Von dem politischen und taktischen Geschick Stegerwalds hängt jetzt viel ab. In Zentrumskreisen besteht der lebhafte Wunsch, daß es ihm gelingen möge, Volkspartei und Sozialdemokraten an dem Kabinett zu beteiligen. Stegerwald ist Arbeiterführer und man sollte meinen, daß die Sozialdemokratie, die sich durch die unverständliche Hartnäckigkeit ihrer Führer im Landtage in eine etwas peinliche Lage gebracht hat, die Gelegenheit ergreifen sollte, ihren Fehler wieder gut zu machen. Als volksparteilicher Ministerkandidat wurde heute in den Wandelgängen der Abgeordnete von Kardorff genannt.

Berlin, 9 April. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Ministerpräsident Stegerwald in sein sogenanntes Geschäftsministerium auch Politiker bezw. Parlamentarier aufnehmen. Er hofft, daß der bisherige Justizminister am Zehnhoff im Amte bleibt. Ebenso hofft er, den Handelsminister Fischbeck zu bewegen, sein Amt weiter zu führen. Für den Postminister gedenkt er sich an den Demokraten Oeser zu wenden; auch hofft er, daß die Sozialisten bereit sein werden, einen Mann in seinem Geschäftsministerium zu belassen. Sollte dies der Fall sein, so wird er an Severing herantreten, um ihn zu bitten, den Posten des Ministers des Innern weiter zu behalten. Für das Kultusministerium und das Landwirtschaftsministerium wird er Kommunalbeamte aufsuchen, während er selbst als Ministerpräsident das von ihm schon verwaltete Wohlfahrtsministerium beizubehalten gedenkt.

### Der Werdegang Stegerwalds.

Adam Andreas Stegerwald wurde am 14. Dezember 1874 in Greußenheim bei Würzburg geboren, besuchte dort die Volksschule und erlernte das Schreinerhandwerk. Als Geselle bildete er sich in Stuttgart und München in gewerblichen Fortbildungsschulen weiter. Sein Bildungsdrang führte ihn in München auch an die Universität. Er gehörte zu den Gründern der christlichen Gewerkschaften Münchens. 1899 schuf er den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands. Er machte sich schnell einen Namen und wurde zu einem der Führer der Gewerkschaftsbewegung und der Zentrumspartei, nachdem er 1902 Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften und 1908 internationaler Sekretär der christlichen Arbeiterorganisationen geworden war. Er war der erste Vertreter der organisierten Arbeiterschaft im alten preußischen Herrenhaus. In dem jetzt abtretenden preußischen Ministerium war Stegerwald Wohlfahrtsminister. Diese Portefeuille will er im neuen Kabinett behalten. Er nahm in der Zentrumspartei mehrfach eine oppositionelle Stellung ein, besonders durch seinen ausgesprochenen Gegensatz zu Erzberger. Als Führer der christlichen Gewerkschaften hat er sich seit 1. April b. Js. sein eigenes Organ in einer Tageszeitung „Der Deutsche" geschaffen. Es war mehrfach die Rede davon, daß diese Zeitungsgründung nur eine Vorstufe sei für die Gründung einer neuen national-demokratischen Partei auf christlicher Grundlage.

# Das unteilbare deutsche Oberschlesien.

**Note der deutschen Regierung. — Der polnische Wahlterror. — Antrag auf Zusprechung des gesamten Abstimmungsgebietes an Deutschland.**

Berlin, 7. April. Die deutsche Regierung hat den Regierungen des Verbandes und der feindlichen Kommissionen in Oppeln folgende Note übermittelt:

Der Friedensvertrag von Versailles hat bestimmt, daß die oberschlesische Bevölkerung durch Abstimmung darüber entscheiden soll, ob sie mit Deutschland oder mit Polen vereinigt zu werden wünscht. Die am 20. März vorgenommene Abstimmung hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen 717 121 Stimmen für Deutschland und 483 514 Stimmen für Polen ergeben; 664 Gemeinden wiesen eine deutsche, 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit auf. Das oberschlesische Land hat sich demnach mit fast zwei Drittel seiner Einwohner und mit der überwiegenden Mehrheit seiner Gemeinden dafür entschieden, bei dem Deutschen Reiche zu bleiben, mit dem es seit über 700 Jahren vereint gewesen ist, und dem es seine Kultur und seinen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verdankt.

Die Abstimmung hat ergeben, daß das gesamte der Volksbefragung unterworfene Gebiet mit deutsch und polnisch gesinnten Elementen durchsetzt ist. Die deutschen Stimmen überwiegen in den Sammelpunkten der Intelligenz, in den Landstrichen mit fortgeschrittener landwirtschaftlicher Kultur und in den Ortschaften der hochentwickelten Industriegebiete. Wenn auch die gemeindeweise Abstimmung lediglich als Wahlmodus angesehen werden darf, so sei doch in diesen Zusammenhange darauf hingewiesen, daß sich unter den 664 Gemeinden mit deutscher Mehrheit sämtliche Städte des Abstimmungsgebietes und fast alle größeren Ortschaften befinden, während die 597 Gemeinden mit polnischer Mehrheit nur geringere Einwohnerzahlen aufweisen und wirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung sind. Wie wenig die Sprachenfrage bei der Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, erhellt aus der Tatsache, daß Dörfer, in denen lediglich der oberschlesisch-polnische Dialekt gesprochen wird, häufig deutsche Mehrheiten, fast überall aber starke deutsche Minderheiten aufweisen, und daß überhaupt nur 40 v. H. der Bevölkerung polnisch gestimmt haben, während 60 v. H. den oberschlesisch-polnischen Dialekt als Muttersprache sprechen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist um so bemerkenswerter, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Umständen und Bedingungen die Wahlhandlung stattgefunden hat. Zunächst muß erneut darauf hingewiesen werden, daß nach Artikel 1 Ziffer b des Wahlreglements vom 30. Dezember 1920 alle erst seit 1904 in Oberschlesien angesessenen Personen ihres Stimmrechtes beraubt wurden. Auf diese Weise ist ein großer Teil derjenigen Kräfte, die an dem Aufschwung der oberschlesischen Industrie in hervorragendem Maße mitgewirkt haben, von der Entscheidung über ihr Land ausgeschlossen worden. Auch sei erwähnt, daß z. B. allein im Kreise Gleiwitz in 84 Gutsbezirken mit über 100 Einwohnern entgegen dem Wahlreglement keine besonderen Urnen aufgestellt worden sind.

Es muß ferner beachtet werden, mit welchen Mitteln die polnische Propaganda auf die Bevölkerung eingewirkt hat. Durch ein an sich völlig wertloses, aber in behördliche Form gekleidetes Versprechen der Zuteilung bestimmter Ackerparzellen aus der zukünftigen Masse des aufzuteilenden Großgrund- und Staatsbesitzes wurden die leichtgläubigen Landbewohner zur Stimmabgabe für Polen bewogen. Den betrügerischen Charakter dieser lediglich auf Stimmenfang berechneten Aktion beweist die Tatsache, daß bei vielen Gütern das Drei- und Vierfache des vorhandenen Bodens versprochen wurde. Trotz ausdrücklichen Verbots der Interverbündeten Kommission ist dieser Stimmenkauf bis zum Abstimmungstage betrieben worden und hat naturgemäß starke Wirkung — besonders in den Kreisen Groß-Strehlitz, Oppeln und Tarnowitz — erzielt.

Ganz besonders aber ist bei der Bewertung des Abstimmungsergebnisses die nach einem klar erkennbaren Plane durchgeführte terroristische Wahlbeeinflussung in Rechnung zu stellen, die allen deutschen Stimmberechtigten gegenüber von polnischer Seite ausgeübt worden ist. Seit dem Augustaufstand 1920 hat die Verfolgung deutschgesinnter Personen in den Kreisen Pleß, Rybnik, Kattowitz und Tarnowitz nicht aufgehört. Der von den Polen verübte Terror steigerte sich, je näher die Abstimmung heranrückte. Ein offenes Bekenntnis zum Deutschtum, geschweige denn ein Werben für die deutsche Sache war in diesen Gebieten fast unmöglich. Wer trotzdem aus seiner deutschen Gesinnung kein Hehl machte, war Mißhandlungen und Schädigungen ausgesetzt und mußte seinen Mut nicht selten mit dem Leben bezahlen. Selbst die unter besonderem Schutz der Interverbündeten Kommission stehenden Mitglieder der Paritätischen Ausschüsse blieben vor Verfolgungen nicht bewahrt. Einige wurden ermordet, eine große Anzahl von ihnen mußte ihr Amt niederlegen.

So wurde unter fortgesetzten Drohungen und Gewalttaten ein Zustand der Verängstigung und Einschüchterung geschaffen, in dem die eigentliche Wahlbeeinflussung mit Aussicht auf Erfolg einsetzen konnte. Man redete der Bevölkerung ein, daß die Stimmabgabe nicht geheim bleiben werde, drohte ihr schwere Verfolgungen an und erreichte auf diese Weise, daß viele nicht wagten, ihre Stimme für Deutschland abzugeben. Sogar bis in die Wahllokale hinein wurden die terroristische Wahlbeeinflussung fortgesetzt.

Wenn am Wahltage selbst rein äußerliche Ruhe herrschte, so ist das nur ein Beweis für die straffe Disziplin der polnischen Organisation und für die gute Regie der Propagandastelle, die offenbar Wert darauf legte, den Anschein einer unbeeinflußten Abstimmung hervorzurufen. Aber die Mißhandlungen, die unmittelbar nach Schluß der Abstimmung wieder einsetzten, zeigten um so deutlicher, wie recht die deutschgesinnten Wähler hatten, die gegen sie ausgestoßenen Drohungen ernst zu nehmen. Typisch ist übrigens, daß z. B. in den ländlichen Ortschaften des Kreises Rybnik (Radoschau—Czernionka und Randen), in denen militärische Besatzung lag, und die ihrer Bevölkerung nach durchaus nicht weniger polnisch sind als die umliegenden unbesetzten Orte, die Abstimmung eine deutsche Mehrheit ergeben hat. Ein Beweis für die Wirkung des Terrors.

Die deutsche Regierung beehrt sich, in der Anlage eine Denkschrift zu überreichen, die, gestützt auf eine größere Anzahl besonders markanter und einwandfrei nachgewiesener Einzelfälle, ein Bild von den Zuständen im Abstimmungsgebiet vor und während der Abstimmung gibt. Die Denkschrift ergibt den klaren Nachweis, daß in einzelnen Landesteilen — namentlich in den Kreisen Pleß, Rybnik und Tarnowitz — die planmäßige Terrorisierung der deutschgesinnten Bevölkerung eine unbeeinflußte Stimmabgabe nicht ermöglicht hat. Tausende von Stimmen sind unter Zwang abgegeben worden. Es erscheint geboten, auch diese Tatsache bei der Bewertung des Abstimmungsergebnisses zu berücksichtigen.

Wenn trotz dem mit der Landaufteilung betriebenen Stimmenkaufe und trotz der wirksamen terroristischen Wahlbeeinflussung ein Abstimmungsergebnis erzielt wurde, das nur wenig hinter einer deutschen Zweidrittelmehrheit zurückbleibt, so ist an dem klaren Willen des oberschlesischen Volkes, zum Deutschen Reiche zu gehören, nicht mehr zu zweifeln. Die Abstimmung kann deshalb nur die endgültige Vereinigung des oberschlesischen Gebietes mit dem Deutschen Reiche zur Folge haben.

Hierfür sprechen aber nicht nur die Zahlen der Abstimmung selbst, sondern auch die wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkte, die nach dem Friedensvertrage Berücksichtigung zu finden haben.

Dem Oderstrome folgend, haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen des oberschlesischen Landes in engster Wechselwirkung mit den Kräften des deutschen Wirtschaftsgebietes entwickelt. Die deutsche Landwirtschaft gab Oberschlesien den Zuschuß an Lebensmitteln, den es nicht selbst hervorbringen konnte. Die deutsche Industrie lieferte Maschinen, Materialien und Bekleidungsstücke, der deutsche Geldmarkt stellte Kredit und Kapital zur Verfügung, und auf deutschen Lehranstalten wurden die Beamten und Arbeiter herangebildet, die die oberschlesische Industrie auf ihre jetzige Höhe gebracht haben. Andererseits ist das deutsche Wirtschaftsgebiet der wichtigste Abnehmer oberschlesischer Boden- und Industrieprodukte. Auf das deutsche Absatzgebiet kann Oberschlesien nicht verzichten. Die oberschlesische Industrie, auf der der Wohlstand der gesamten Bevölkerung beruht, ist daher untrennbar mit dem deutschen Wirtschaftsgebiete verbunden. Nur die Vorzugsstellung, die ihr dort eingeräumt war, hat sie lebens- und konkurrenzfähig erhalten. Sie von Deutschland trennen, heißt sie vernichten.

Aber auch in sich bildet das oberschlesische Wirtschaftsgebiet ein einheitliches Ganzes. Die landwirtschaftlichen und industriellen Teile ergänzen sich, und ebenso ergänzen sich in einer für die Produktion äußerst vorteilhaften Weise die verschiedenen Industriereviere untereinander. So bildet die oberschlesische Industrie einen auf natürlicher Grundlage aufgebauten, aber in seiner Vollkommenheit höchst komplizierten Organismus, in den einzugreifen nicht möglich ist, ohne das Ganze schwer zu schädigen und etwa losgelöste Teile der Verelendung preiszugeben.

Wer Oberschlesien teilt, versündigt sich an dem oberschlesischen Volke, das durch Sprache, Kultur und Religion, sowie durch gemeinsame Geschichte untrennbar miteinander verbunden ist. Aufgabe der staatsmännischen Entscheidung, für die die Volksabstimmung die Grundlage bieten soll, kann es unmöglich sein, diese durch tausendjährige Entwicklung geheiligten Zusammenhänge zu zerreißen und unter schematischer Bewertung lokaler Abstimmungsergebnisse entgegen dem klar erkennbaren Volkswillen eine Grenze zu verändern, die seit 700 Jahren festliegt und eine der ältesten Grenzen Europas bildet. Die überwiegende Mehrheit des oberschlesischen Volkes hat sich für Deutschland entschieden. Die demokratischen Prinzipien verlangen, daß dieser Mehrheitswille zur Durchführung kommt. Die Berücksichtigung des Wunsches der Minderheit darf nicht dazu führen, daß zum Schaden des Ganzen und zum Schaden etwa abgetrennter Teile die Gemeinschaft zerrissen wird. Das will auch das oberschlesische Volk nicht. Durch die vom Deutschen Reiche gewährte bundesstaatliche Autonomie wird Oberschlesien in der Lage sein, die Verfassung und Verwaltung seines Landes so einzurichten, wie es der besonderen Eigenart seiner Bewohner entspricht. Dabei werden auch die Wünsche derer ihre Befriedigung finden, die bei der jetzigen Volksbefragung in der Minderheit geblieben sind

Die deutsche Regierung beehrt sich daher — unter Ueberreichung einer Denkschrift über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien und Deutschland und eines Gutachtens über die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens — den Antrag zu stellen, das gesamte oberschlesische Abstimmungsgebiet ungeteilt dem Deutschen Reiche zuzusprechen. Die deutsche Regierung stellt diesen Antrag in der festen Ueberzeugung, daß Oberschlesien ebensowenig ohne Deutschland leben kann, wie Deutschland ohne Oberschlesien nicht in der Lage sein würde, sich wirtschaftlich zu erholen und seine Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen. Jede andere Lösung würde auch dem Friedensvertrage zuwiderlaufen, der im Gegensatz zu den Vorschriften über die Abstimmung in Schleswig eine Teilungsmöglichkeit nicht vorsieht.

Die Zuteilung des gesamten oberschlesischen Gebiets an Deutschland wird eine starke polnische Minderheit in diesem Teile des Reiches belassen. Die deutsche Regierung ist bereit, der polnischen Regierung alle Garantien zu bieten, die zum Schutz der Minderheit für erforderlich erachtet werden. Sie glaubt bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen zu sollen, daß bei der Schaffung des polnischen Staates eine weit größere Minderheit von über 900 000 Deutschen von Deutschland losgerissen worden ist.

Die deutsche Regierung würde sich ferner verpflichten, Polen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft erforderliche Kohle und sonstige Erzeugnisse aus Oberschlesien zu liefern, so lange das überaus reiche polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. Ausweislich der in der Anlage überreichten Karte, die auf Gutachten polnischer und österreichischer Geologen beruht, ist dieses polnische Kohlengebiet um mehr als die Hälfte größer als der Anteil, den Oberschlesien am Steinkohlenbecken besitzt, und enthält alle für die Industrie erforderlichen Kohlensorten. Die deutsche Regierung würde auch bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung dieser im polnischen Gebiet liegenden Bodenschätze zu leisten.

## Drei Freunde.

Le Rond ist in Paris eingetroffen. Seine Anwesenheit dort hängt mit der Festsetzung der oberschlesischen Grenze zusammen. Es ist sicher kein zufälliges Zusammentreffen, daß sich gleichzeitig auch Korfanty und Graf Oppersdorf, der damit die letzten Zweifel seiner verräterischen Gesinnung beseitigt, in Paris aufhalten.

*

Briand hat in seiner Senatsrede darauf hingewiesen, daß die Entscheidung über Oberschlesien unmittelbar bevorstände. Was er über die Arbeit des Ausschusses der Verbündeten in Sachen der Grenzfestsetzung sagte, läßt Schlimmstes befürchten. Auch die Reise Le Ronds nach Paris ist nichts anderes als ein Schrittmacherdienst für Polen. In Warschau hat Ministerpräsident Witos überdies ganz Oberschlesien für den polnischen Bankrottstaat verlangt und dreist davon gesprochen, daß die Befreiung für die polnischen Brüder, die 600 Jahre „das Joch der Fremdherrschaft" getragen hätten, gekommen sei. Nun hat die deutsche Regierung in feierlicher und eindrucksvoller Form dagegen Verwahrung eingelegt, daß die Entscheidung über Oberschlesien anders ausfallen könne, als Geschichte, Recht, Vernunft und das Ergebnis der Abstimmung es verlangen. Oberschlesien kann und darf keine Teilung erfahren, weil es geschichtlich, geographisch, bevölkerungspolitisch und wirtschaftlich eine Einheit ist. Kein Dorf läßt sich aus dieser Einheit lösen, ohne daß beide Teile Schaden leiden. Die deutsche Note hat geschichtliche Bedeutung, weil sie die Verbündeten an die Verantwortung erinnert, die sie bei der Entscheidung zu tragen haben. Soll Oberschlesien eine der Werkstätten für den Wiederaufbau Europas bleiben, dann dürfen seine Energien nicht unterbunden werden.

## Neuer polnischer Abstimmungsbetrug.

**Kattowitz**, 9. April. Die durch die Verteilung von Verbandsmilitär auf die besonders unruhigen Orte und Gebiete und durch den Belagerungszustand erzwungene Ruhe dauert an, aber die Polen sind jetzt eifrig am Werke, durch eine eifrige Agitation von Mund zu Mund ihr Ziel zu erreichen, Oberschlesien trotz der überwältigenden deutschen Stimmenmehrheit Polen zuzuführen. Ihre Agitatoren gehen besonders auf den Dörfern von Haus zu Haus, um Unterschriften für die Zuteilung des ganzen industriellen Oberschlesiens an Polen zu sammeln. Es wird in solchen Fällen nicht an der üblichen Einschüchterung und dem Schwindel gespart, und es sind nicht wenig Personen, die aus Angst oder Mangel an eigenem Urteil unterschrieben. Der Polen-Agitator Dr. Golus arbeitet besonders in den Kreisen Cosel und Groß-Strehlitz unter den Beamten, denen er einredet, daß diese beiden Kreise bestimmt an Polen fallen werden. Wenn die Beamten ihre Stellung nicht verlieren wollten, so müßten sie sich für den Anschluß dieser beiden Kreise an Polen erklären und das durch ihre Unterschrift bekräftigen. Mit den Landarbeitern wird dasselbe Manöver gemacht, ebenso mit denen, die in der Industrie beschäftigt sind. Es wird diesen Leuten eingeredet, daß nur diejenigen in der Industrie Beschäftigung finden, die vom polnischen Abstimmungskommissariat eine Bescheinigung hätten. Kohlen würden an die verteilt, die ihre Unterschrift auf die Listen setzen, die herumgereicht würden und in denen erklärt wird, daß die Unterschriebenen die Zuteilung Oberschlesiens an Polen wünschen. Die meisten Leute lassen sich dadurch einschüchtern und unterschreiben die Listen. Im Kreise Cosel ziehen polnische Agitatoren umher, die Quartiere für Hallersoldaten bestellen, die in Kürze hier einrücken würden.

## Protestkundgebung in Bayern und Baden gegen die Lostrennung Oberschlesiens vom Reiche.

**Wtb. München**, 10. April. Heute fand im Maltheser-Festsaal in München unter dem Vorsitz des Ersten Bürgermeisters Schmidt eine Massenversammlung statt, die gegen die Bestrebungen, Oberschlesien zu teilen und gegen den polnischen Terror Stellung nahm. Dr. Kleiner, Kattowitz gab in längerer Rede ein packendes Bild von den Abstimmungskämpfen in Oberschlesien und wies darauf hin, daß der Sieg in Oberschlesien größer sei als er scheine, da er errungen sei trotz des polnischen Terrors und trotz aller List, mit der die Franzosen ihren polnischen Freunden zu Hilfe gekommen seien. Der Redner schloß: Alle Versuche, Recht und Gerechtigkeit zu vergewaltigen, müssen an dem geschlossenen Willen des deutschen Volkes scheitern. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, unbeugsam festzuhalten an der Unteilbarkeit Oberschlesiens und dessen sofortiger Rückgabe an das Reich.

**Wtb. Karlsruhe**, 10. April. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstalteten heute mittag eine machtvolle Kundgebung gegen die etwa beabsichtigte Aufteilung Oberschlesiens durch die alliierten Mächte. Oberbürgermeister Dr. Finter wandte sich mit entschiedenen Worten gegen die Versuche, das Abstimmungsergebnis durch spitzfindige Auslegungskünste zu fälschen. Oberschlesien sei ein unabtrennbarer Bestandteil Deutschlands und eine in sich unlösbare Einheit. Wenn es noch eine Gerechtigkeit gebe, dann müsse Oberschlesien bei Deutschland belassen werden. Es wäre eine Versündigung an der Menschheit, ein Raub, der aller Vernunft ins Gesicht schlüge, wollte man dem deutschen Reiche dieses Kleinod entreißen. Das könne und dürfe nicht sein. Oberschlesien sei deutsch gewesen, sei heute deutsch und müsse deutsch bleiben ganz und ungeteilt. Der Ansprache folgte lebhafter Beifall. An den Reichskanzler wurde eine im Sinne der Ansprache gehaltene Entschließung gesandt.

## Frankreichs und Englands Eingreifen in die türkisch-griechische Politik.

**Wtb. Paris**, 10. April. Bainville vertritt in der Liberte energisch die Forderung, daß Frankreich und England, die als Nachbarn der Türkei beide gleich stark an der Frage interessiert seien, in Kleinasien eingreifen, nachdem die Niederlage der Griechen sich als vollständig herausgestellt habe. Um den Frieden in Kleinasien wieder herzustellen und um sich selber treu zu bleiben, müsse man schleunigst die beiden Fragen regeln, die den Türken am meisten am Herzen lägen die Frage von Smyrna und die thrazische Frage. Die Ruhe in der Türkei und im ganzen Orient hänge von der Lösung ab. Der Größenwahn Venizelos, den die Verbündeten unvorsichtigerweise unterstützt hätten, und den Konstantin sich von neuem zu eigen gemacht habe, habe Bankrott gemacht.

**Wtb. Bern**, 11. April. Heute vormittag 10½ Uhr verläßt der deutsche Minister des Auswärtigen Bern und kehrt nach Berlin zurück.

**Wtb. Breslau**, 11. April. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Das Verbot der Weitersendung eingegangener Wagenladungen haben wir grundsätzlich aufgehoben, sodaß für Weitersendungen und Umstellungen für Ladungen im allgemeinen es einer besonderen Genehmigung nicht mehr bedarf. — Unberührt hiervon bleiben die für „bewirtschaftete Brennstoffe auf Ersuchen des Reichskommissars für Kohlenverteilung gegebenen Sonderbestimmungen und solche Fälle, in denen zwangsbewirtschaftete Waren in Frage kommen. Bei letzteren darf eine Weitersendung auch fernerhin nur mit Genehmigung des zuständigen Staatsbahn-Verkehrsamtes vorgenommen werden. — Sofern auf einzelnen Stationen durch überaus zahlreiche Anträge die ordnungsmäßige Abwickelung des Güterverkehrs außergewöhnlich erschwert werden oder sonstige Schwierigkeiten in Erscheinung treten sollten, behalten wir uns einschränkende Maßnahmen vor.

# Le Rond, der Polenfreund.

## Die Zurückziehung der englischen Truppen.

Le Ronds Pariser Reise und die Abberufung der 4 englischen Bataillone aus Oberschlesien stehen, wie wir von gut unterrichteter Seite hören, in unmittelbarem Zusammenhange. Schon ehe englische Truppen in Oberschlesien eingesetzt wurden, war es dort in eingeweihten Kreisen ein offenes Geheimnis, wie brüsk General Le Rond die englischen Kreiskontrolleure behandelte, da diese es nicht fertig brachten, zu den zahllosen polnischen Gewaltaten zu schweigen. Die Berichte der genannten Kreiskontrolleure sind zu einem großen Teile auf unaufgeklärte Weise „verschwunden". Der Versuch des ehemaligen Kreiskontrolleurs von Beuthen, des Majors Ostley, einen Geheimbericht an die englische Regierung zu schicken, scheiterte daran, daß ihm dieser Bericht von einem Spitzel Le Ronds und Korfantys, namens Strögel, gestohlen wurde. Das Verlangen des jetzigen Kreiskontrolleurs von Beuthen, des Obersten Cookerell, diesen Strögel verhaften zu lassen, hat Le Rond persönlich mit ironischen Bemerkungen abgelehnt. Diese und ähnliche Vorfälle schienen die englische Regierung bewogen zu haben, Truppen nach Oberschlesien zu entsenden.

Sofort nach Bekanntwerden dieser Maßregel protestierte General Le Rond dagegen, und er bezeichnete Vertrauten gegenüber das Vorgehen der englischen Regierung als ein Mißtrauensvotum gegen die französische Politik in Oberschlesien. Eine vorgeschützte Erkrankung seiner Mutter diente damals dem General zu einem Vorwande für eine Pariser Reise, wo er gegen die Entsendung englischer Truppen heftig Verwahrung einlegte. Der gegebene Befehl war aber nicht mehr zurückzunehmen, und 4 Bataillone kamen nach Oberschlesien. In eingeweihten Kreisen war man von vornherein nicht darüber im Zweifel, daß ihres Bleibens nicht lange sein würde. Bei der Offizierversammlung, die bald bei ihrem Eintreffen in Oppeln stattfand, ließ Le Rond die englischen Offiziere nicht im Zweifel darüber, was ihrer harre, wenn sie nicht nach der französischen Pfeife tanzen sollten. Er drohte, jede Pflichtversäumnis (d. h. natürlich in französisch-polnischem Sinne) mit dem Antrage auf sofortige Demobilisation, d. h. also Entlassung, zu beantworten. Trotz dieser Drohung traten die englischen Offiziere mit äußerster Entschlossenheit in den ihrer Obhut überwiesenen Gebieten nach den Abstimmungstagen gegen den polnischen Terror auf. Zahlreiche Beschwerden der Polen, die sich in ihren heiligen Rechten auf Mord und Plünderung verletzt sahen, bewogen den General Le Rond zu erneuten Schritten auf Abberufung der englischen Truppen. Da er wieder mit seinem Rücktritt drohte, sind nun auf das vielfache Drängen von Paris unter dem Vorwande der englischen Generalstreikgefahr die englischen Truppen zurückgezogen worden.

**Wtb. Paris**, 9. April. Ministerpräsident Briand hat den Präsidenten der Abstimmungskommission für Oberschlesien, General Le Rond, empfangen.

*

Von besonderer Seite erfahren wir, daß Frankreich augenblicklich Schritte unternimmt, um das während der Besatzungsperiode in der Praxis ja bereits ausgeübte alleinige Mandat für Oberschlesien für die Zeit der Liquidation der Abstimmungskommission offiziell zu erhalten. England und Italien sollen lediglich eine beratende und unterstützende Stellung einnehmen.

## Entscheidung über Oberschlesien?

**Berlin**, 8. April. Die von der deutschen Regierung über die Zukunft Oberschlesiens an die Verbandsmächte gerichtete Note gelangte in einem Augenblick nach Paris, wo man dort der Entscheidung über das Abstimmungsergebnis bereits nahe ist. Es verlautet in Kreisen, die mit französischen Politikern in Fühlung stehen, die Entscheidung über Oberschlesien sei bereits gefallen, und zwar in einem Sinne, der Deutschlands berechtigte Interessen außer acht läßt. In Berlin ist man an zuständiger Stelle der Ansicht, daß die in der deutschen Note vorgebrachten Argumente für die deutschen Ansprüche eine für immer unerschütterliche Rechtsgrundlage ergeben, an der auch durch eine ungerechte Entscheidung in Paris sachlich nichts geändert werden kann.

# Hütet Euch vor der Fremdenlegion.

In der letzten Zeit sind an amtliche Stellen von den verschiedensten Seiten Mitteilungen gelangt, wonach junge Leute unter der Vorspiegelung, es sollte ihnen im französischen Wiederaufbaugebiete lohnende Arbeit verschafft werden, in die Fremdenlegion verschleppt worden sind. Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, solchen Einflüsterungen Gehör zu schenken. In der Frage der unmittelbaren Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat sich die französische Regierung bisher bekanntlich ablehnend verhalten. Es ist daher auch bisher die Einrichtung amtlicher Arbeitsnachweise für diesen Wiederaufbau nicht näher getreten worden. Sollten deutsche Arbeiter wirklich schon jetzt in das Wiederaufbaugebiet ausgewandert sein und dort Beschäftigung gefunden haben, so kann es sich nur um Einzelfälle handeln.

## Die Landesschutzbeamten und das Ministerium des Innern.

Die schnell durchgeführte Niederwerfung des Aufstandes in Mitteldeutschland kommt anscheinend denjenigen Elementen, die diese Ereignisse noch für längere Zeit zu einer gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hetze gegen den Minister des Innern ausschlachten zu können glaubten, recht unerwünscht. So sucht man denn krampfhaft neues Material und glaubt dieses in der vor wenigen Tagen erfolgten Kündigung der Landesschutzbeamten gefunden zu haben. Wie zu erwarten stand, leiten einige rechtsstehende Blätter aus diesem Anlasse einen neuen Feldzug gegen den Minister des Innern ein, dem der Vorwurf gemacht wird, er habe durch fristlose Kündigung dieser als Landesschutzbeamten (Kreisräte und Oberkreisräte) angestellten ehemaligen Offiziere eine Härte und Rücksichtslosigkeit an den Tag gelegt, die in der Oeffentlichkeit gebrandmarkt werden müsse. Auch hier wird nach altgewohnter Weise mit skrupelloser Entstellung und Verdrehung der wirklichen Tatsachen gearbeitet.

Nach unseren an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigungen ist der Sachverhalt folgender:

Seit Ende des Jahres 1919 sind ehemalige Offiziere mit einem auf drei Jahre laufenden Vertrag als Landesschutzbeamte (Kreisräte und Oberkreisräte) angestellt; sie sollten als Leiter und Aufsichtsorgane **der damaligen Einwohnerwehren ehrenamtlich** tätig sein. In dem grundlegenden Erlasse vom 25. Oktober 1919 wird in Ziffer 6 der ehrenamtliche Charakter dieser Tätigkeit ausdrücklich hervorgehoben und bestimmt, daß der preußische Staat lediglich Zuschüsse zur Offizierspension dieser Beamten **zur Bestreitung des mit ihrer Stellung als Landesschutzbeamte verbundenen Dienstaufwandes** zahle. Schon damals wurde betont, daß diese Zuschüsse nicht als Entgelt für die zu leistende Arbeit angesehen werden könnten, sondern Dienstaufwandsentschädigungen darstellten und daß es von der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, vor allem von der Bewährung der Einrichtung der Einwohnerwehren abhinge, ob späterhin eine Besserstellung der Landesschutzbeamten erfolgen könne.

Die von der Reichsregierung auf Forderung des Vielverbandes angeordnete und durch Beschluß der Staatsregierung im April 1921 ausgeführte Auflösung der Einwohnerwehren hatte zur Folge, daß damit zugleich den Landesschutzbeamten der Boden für ihre Stellung unter den Füßen weggezogen wurde. Bei strenger Anwendung der Bestimmung des § 626 des B. G. B. (Vorliegen eines wichtigen Grundes) wäre daher der Minister des Innern schon damals zur fristlosen Lösung der Verträge berechtigt gewesen Dessen ungeachtet ist eine solche Kündigung nicht erfolgt; der Minister des Innern hat sich vielmehr im Interesse der Landesschutzbeamten auf den Standpunkt gestellt, ein wichtiger Grund im Sinne des § 626 liege erst dann vor, wenn die Unmöglichkeit der Verwendung auch in anderen ähnlichen Stellen feststehe. Dem entsprechend war er in der Folgezeit unablässig bemüht, für die Landesschutzbeamten neue Verwendungsmöglichkeiten im Staatsdienst zu schaffen. Er hat keinen Schritt unterlassen, der in dieser Hinsicht einen Erfolg zu versprechen schien; und als es sich herausstellte, daß in der Schutzpolizei nur für einen verhältnismäßig geringen Teil der Landesschutzbeamten Stellen zur Verfügung standen, hat er durch entsprechende Schritte bei allen in Betracht kommenden Behörden sich nachdrücklichst für die Verwendung der Landesschutzbeamten eingesetzt. Erst in dem Augenblick, als feststand, daß für einen Teil dieser Beamten keinerlei Verwendungsmöglichkeiten gegeben waren, hat der Minister sich nach langem Zögern angesichts der sehr ernsten Finanzlage des Staates den finanziellen Notwendigkeiten beugen müssen und die Oberpräsidenten durch Erlaß vom 24. März 1921 angewiesen, denjenigen Landesschutzbeamten zu kündigen, die von ihnen zu einer Verwendung an anderer Stelle nicht vorgeschlagen wären. — Gegenüber der irreführenden Darstellung in den genannten Blättern muß hervorgehoben werden, daß von den rund 240 Landesschutzbeamten zunächst nur 140 zur Entlassung aus ihren Stellungen kommen sollen und zwar befinden sich unter diesen auch solche, die eine Verwendung an anderer Stelle ausdrücklich abgelehnt haben. Jeder, bei dem irgend eine, wenn auch nur entfernte Möglichkeit der Weiterverwendung besteht, ist also vorläufig in seiner Stellung gelassen worden. In dem erwähnten Erlaß vom 24. März wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, aus Billigkeitsgründen die bisherigen Gebührnisse bis zum 30. Juni weiterzuzahlen, wenn auch eine Gelegenheit zur Ausübung einer dienstlichen Tätigkeit im Sinne des Vertrages und damit ein Rechtsanspruch auf die Dienstaufwandsentschädigung schon seit längerer Zeit nicht mehr bestehe. Voraussetzung sei allerdings, daß der Betreffende bis dahin keine anderweitige entgeltliche Beschäftigung gefunden habe. Zugleich wurde den **Landesschutzbeamten Anerkennung und Dank für die seinerzeit geleistete Tätigkeit ausgesprochen und in Aussicht gestellt, daß in besonderen Fällen noch nachträglich eine Erstattung der Kosten für einen Umzug oder die Führung eines doppelten Haushalts nach Maßgabe**

der hierzu vorhandenen Mittel beabsichtigt sei, obgleich in den Verträgen die Zahlung der Umzugskosten ausdrücklich ausgeschlossen war.

Man wird also bei dem besten bezw. bei dem schlechtesten Willen in diesem Erlasse weder die Härte, noch die Rücksichtslosigkeit erblicken können, von der in den schlecht unterrichteten Artikeln der erwähnten Zeitungen gesprochen wird. Auch die gegen das Ministerium des Innern polemisierenden Zeitungen werden schließlich nicht verlangen können, daß der preußische Staat bei seiner oft genug gekennzeichneten bedrohlichen finanziellen Lage für die Dauer Dienstaufwandszuschüsse für Posten weiterzahlt, die aufgehört haben, weiter zu bestehen, insbesondere, wenn eine rechtliche Verpflichtung für die Weiterzahlung nicht vorliegt. Gerade die Tatsache, daß die Kündigung erst jetzt erfolgt, obgleich sie schon vor einem Jahre rechtlich zulässig war, sollte doch als Beweis dafür angesehen werden, wie sehr das Ministerium bestrebt war, die für die Landesschutzbeamten sich notwendig ergebenden Härten auf das Mindestmaß zu mildern. Auch durch die Bestimmung der Weiterzahlung der Gebührnisse sind ja die Wirkungen der — auf Grund des § 626 BGB. notwendigerweise fristlos erfolgten - Kündigung in praxi noch um weitere drei Monate hinausgeschoben worden.

Endlich muß entgegen der irreführenden Darstellung der genannten Blätter darauf hingewiesen werden, daß diese Kündigung den Landesschutzbeamten nicht völlig unerwartet kommt. Seit vielen Monaten ist insbesondere der Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes der Landesschutzbeamten dauernd über die Schwierigkeiten der Weiterverwendung auf dem Laufenden gehalten und mit Rücksicht auf die demnacht notwendige Lösung der Verträge ersucht worden, den Landesschutzbeamten anzuraten, eine sich ihnen etwa außerhalb des Staatsdienstes bietende Stellung nicht abzulehnen.

Mit Rücksicht hierauf muß angenommen werden, daß die erwähnten Pressefangriffe nicht aus den Kreisen der Landesschutzbeamten, sondern von irgend einer Stelle stammen, die ein Interesse an deren Verhetzung hat und in der Kündigung nur eine erwünschte Gelegenheit zu einer neuen Kampagne gegen das ihr so verhaßte Ministerium sieht. Umsomehr verdienen es diese Angriffe, niedriger gehängt zu werden.

### Tschechische Stimmen über Oberschlesien.

Es ist nicht uninteressant, tschechische Pressestimmen über die oberschlesische Abstimmung zu hören. Aus ihnen geht wieder einmal klar hervor, daß die überwiegende Mehrheit der tschechischen Organe polenfreundlich gestimmt ist und einen polnischen Abstimmungssieg gewünscht hatte. Man ersieht aber auch aus ihnen, daß in der Tschechoslowakei sich das Gefühl für die Niederlage Bahn bricht, die das Abstimmungsresultat für Polen bedeutet. Die Tschechen haben gefühlsmäßig starke Sympathien für Polen, die sich aus der gemeinsamen slawischen Abstammung und gewissen gemeinsamen geschichtlichen Erinnerungen der letzten Zeit erklären; das große Mißtrauen und die Gegnerschaft gegen alles Deutsche trägt dazu bei, eine tschechisch-polnische Interessengemeinschaft für wichtige politische Gebiete herbeizuführen. Auf der anderen Seite stehen sie verstandesmäßig der äußeren, wie der inneren Politik des polnischen Staates, u. a. seinem Verhältnis zu Rußland und seiner Haltung gegenüber den sozialen Problemen skeptisch gegenüber und denkt garnicht daran, sich ohne weiteres in das polnische Schlepptau nehmen zu lassen. Gegenüber polnischen Verdrehungskünsten gibt das Blatt „Republica" offen zu, daß das Abstimmungsresultat jedem polnischen Herzen Schmerz bereiten müsse. Die Bevölkerung Oberschlesiens verlange dauernden Frieden. Das Wahlresultat sei Beweis dafür, daß Deutschland der Bevölkerung hierfür bessere Garantien biete, als der polnische Staat. Auch das Blatt „Venkow" bedauert, eingestehen zu müssen, daß die Abstimmung für Polen sehr ungünstig ausgefallen sei.

Es ist nicht ohne Wert, solche Pressestimmen zu registrieren zumal, wenn sie aus einem Lande zu uns herüberdringen, das durch die Bestimmungen des Friedensvertrages unmittelbar an dem Ausfall der Abstimmung interessiert ist. Die polnische Mache hat es tagelang fertig gebracht, das Abstimmungsresultat als polnischen Sieg erscheinen zu lassen; wie man sieht, bricht sich die Wahrheit langsam Bahn. Es darf von deutscher Seite nichts unterlassen werden, um den Umfang des deutschen Sieges ins rechte Licht zu setzen. Das allein ist der Weg, auf dem der Bevölkerung der anderen Staaten zum Bewußtsein gebracht werden kann, in wie weitgehendem Maße Oberschlesien sich als deutsches Land bekennt und sich auf dem dadurch die stimmungsmäßige Grundlage geschaffen werden kann, die die einzig gerechte und zugleich wirtschaftlich und politisch einzig gesunde Entscheidung des obersten Rates, nämlich die der restlosen Erhaltung Oberschlesiens für Deutschland, vorbereiten muß.

### Namensänderung einer ostpreußischen Gemeinde.

Das preußische Staatsministerium hat in einem Erlaß vom 23. März genehmigt, daß der Name der Landgemeinde Rehwinsna im Kreise Oletzko in „Rehfeld" umgeändert wird.

### Eine Verschwörerbande vor dem Landgericht in Halberstadt.

WTB. **Aschersleben**, 11. April. Die Räterepublik Aschersleben beschäftigte Sonnabend in einer bis Mitternacht dauernden Verhandlung das hier tagende Ausnahmegericht beim Landgericht Halberstadt. Dienstag nach Ostern sollte die Räterepublik ausgerufen werden, die Gebäude der Banken gesprengt, Geiseln festgenommen, die Spitzen der Behörden an die Wand gestellt und der Bürgerkrieg angekündigt werden. Der Führer der Kampforganisation, der Kommunist Otto Wegerich, entfloh rechtzeitig, ehe am Ostermontag in der Wohnung des Schlossermeisters Hempel das Verschwörernest aufgehoben werden konnte. Da sich anscheinend der Aktionsausschuß nicht für die Pläne Wegerichs erwärmen konnte, suchte Wegerich Verbindung mit Berlin. Es wurde ihm ein Sprengkommando anscheinend von Holz geschickt. Die Berliner sollten Sprengungen ausführen und in den Aschersleben Kampf durchführen. Von den fünf verhafteten Berlinern legte der 22jährige Betonarbeiter Schulz ein offenes Geständnis ab; in dem er auch zugab, die Sprengung der Brücke in Charlottenburg, des Landgerichtes in Dresden usw. im Auftrage des Holz ausgeführt zu haben. Das Gericht verurteilte die Berliner Schulz, Benkowski, Salewski und Jakobs zu je 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

### Eröffnung der Frankfurter Messe.

WTB. **Frankfurt a. M.**, 10. April. Die Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse war von herrlichstem Wetter begünstigt. Besonderes Gepräge erhielt der heutige Tag durch die Eröffnung der Sonderausstellung „Das niederländische schöne Buch". In großer Zahl hatten sich die Mitglieder der niederländischen Kolonie eingefunden. Nach der Begrüßungsansprache des niederländischen Generalkonsuls Marx hob Stadtrat Dr. Landmann hervor, daß auch diese Ausstellung dazu beitragen werde, ein neues Band zwischen den Niederlanden und Deutschland zu knüpfen. Die Frankfurter Messe sei nicht ein rein wirtschaftliches Unternehmen, sondern sie habe die Wiederanknüpfung der kulturellen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern sich als Hauptaufgabe gestellt. Holland sei ein Land, das uns wirtschaftlich am nächsten stände, es sei aber auch die Wiege des Völkerrechtes durch den großen Völkerrechtslehrer Grotius, und wie es die Freiheit in schweren Kämpfen eroberte, so sei es auch heute nicht gewillt, diese Freiheit selbst gegenüber dem größten Druck zu opfern. Bei dem Festessen, das am Nachmittag die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, ferner das ausländische Konsularkorps und zahlreiche Vertreter der Presse vereinigte, kam in der Rede des holländischen Generalkonsuls das Gefühl für die engen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland zum Ausdruck. Er führte aus, die Gründung der Frankfurter Messe in den Zeiten des schwersten Niederganges sei eine große Tat. Er sei überzeugt, daß in keinem Lande unter solchen Verhältnissen so viele tatkräftige Männer sich zusammengefunden hätten, um ein solches Werk zu schaffen. Das bisher Vollbrachte sei bewundernswert und gebe zu der Hoffnung Anlaß, daß das neue Unternehmen Ruhm und Bedeutung der alten geschichtlichen Frankfurter Messe bald wieder erreichen werde.

WTB. **Görlitz**, 11. April. Gestern abend fand in der Stadthalle eine von der Ortsgruppe der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier einberufene Massenversammlung statt, in der Einspruch gegen eine Teilung Oberschlesiens erhoben wurde. Nach verschiedenen Ansprachen gelangte folgende Entschließung zur Annahme, die der Reichsregierung übermittelt wurde: **Die 1300 heimattreuen Oberschlesier und die Bewohner von Görlitz erheben feierlichst Einspruch gegen die Absicht der Polen und Franzosen, Oberschlesien zu teilen** und einen Teil vom deutschen Reich loszulösen. Auf Grund des deutschen Abstimmungssieges erwarten und verlangen sie von der Regierung, daß sie alles tun werde, um Oberschlesien ungeteilt beim deutschen Reiche zu erhalten, da Oberschlesien einen unlösbaren Teil Deutschlands bildet.

### Die Getreidewirtschaft.

Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle ist für das laufende Jahr mit der allgemeinen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide nicht zu rechnen. Ein Gesetzentwurf ist in Vorbereitung, nach dem die Getreidesorten ratenweise erfaßt werden sollen.

## Lokales.

### Von der katholischen Volksschule.

V. Nachdem Herr Rektor Bönninghausen am 1. Januar d. Js. in den Ruhestand getreten war und die Leitung der kath. Volksschule von da an in den Händen der Herren Engelmayer, und nachher Scholz, gelegen hatte, wurde mit Beginn des neuen Schuljahres die Leitung Herrn Rektor Peter übertragen. Herr Rektor Peter kommt aus dem „Hultschiner Ländchen" zu uns, wo er aus Deutsch Kramorn von den Tschechen vertrieben wurde. Freitags den 8. d. Mts. wurde nun Herr Rektor Peter im Beisein von Vertretern des Magistrats, der Schuldeputation, der Geistlichkeit und in Anwesenheit des gesamten Lehrerkollegiums der kath. Volksschule in den vereinigten Oberklassen durch Herrn Kreisschulrat Schröter in feierlicher Weise in sein Amt eingeführt. — Möge unter der Leitung des neuen Rektors die kath. Volksschule nach den Wirrnissen der Kriegsjahre wieder zu neuem Leben erblühen!

### ?? Namslau, 12. April. (Provinziallandtag. — Fortsetzung.)

In der Mittwoch Vormittag-Sitzung erfolgten die Wahlen der 10 Mitglieder in den Provinziallausschuß und deren Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des Provinziallausschusses wurde an Stelle des durch 7 Jahre lang in diesem Amte gewesenen Abg. v. Richthofen-Mertschütz (Dinatl.) der Abg. Fürst Hatzfeldt-Trachenberg (Ztr.) mit 64 gegen Dr. Wagner (Dem.) und als stellv. Vorsitzender Abg. Hauenschild mit 62 gegen Dr. Wagner (52) gewählt. — In der Nachmittags-Sitzung wurden 14 Vorlagen ohne größere Debatten angenommen, u. a. die Weitergewährung von 12 000 Mk. Unterstützungsgeldern für die Breslauer Säuglingspflegerinnenschule und von 12 500 Mk. für die Soziale Frauenschule, Aufbringung einer Anleihe von 10 Millionen Mark für Hochwasserschutzbauten, der Staat hat der Provinz einen gleichen Anteil zugewiesen. Endlich wurde der Haushaltsplan des Schlesischen Museums der bildenden Künste genehmigt, wobei zu den bewilligten 30 000 Mark für Gemälde und 10 000 Mark für Graphikenbeschaffung noch 15 000 Mark aus Eintrittseinnahmen des Museums bewilligt wurden. Man war einhellig der Ansicht, daß gerade der Osten alles zur Erhaltung und Erweiterung solcher wichtiger Kulturpflegestätten tun müsse, und daß Breslau unter keinen Umständen auch an dem zweiten derartigen Institut so sparen dürfe, wie an dem leider ausgegebenen Zoologischen Garten. — Am Donnerstag hielten der Provinziallandtag von Niederschlesien und Oberschlesien eine gemeinsame Sitzung ab, die von 3 Uhr bis 8½ Uhr dauerte. Den Vorsitz führten abwechselnd der Vorsitzende von Gossler und der stellv. Vorsitzende Graf Kerssenbrock. Die wirtschaftlich bedeutsamsten Vorlagen, welche zur Erledigung kamen, betrafen die Elektrizitätsversorgung der Provinz. Bei den Talsperren von Mauer und Marklissa sollen Ausgleichsbecken errichtet werden, um beiden Aufgaben der Talsperren, der Elektrizitätsversorgung und dem Hochwasserschutz, noch besser als bisher gerecht werden zu können. Zur Versorgung eines großen Gebiets von Oberschlesien mit Elektrizität ist bereits vor Jahren das Kommunale Kraftwerk Oppeln als Aktiengesellschaft gegründet worden. Die Provinz sollte sich schon nach früheren Beschlüssen daran beteiligen. Zur vollen Entfaltung ist der Plan dieses Elektrizitätswerkes noch nicht gekommen, weil er in der letzten Zeit besonders durch die Tatsache gehemmt wurde, daß das Versorgungsgebiet zum Teil zum besetzten Gebiete Oberschlesiens gehört. Der Landeshauptmann wurde zum Abschluß eines Vertrages mit den Gesellschaftern des Kommunalen Kraftwerkes Oppeln ermächtigt. Mit einer anderweitigen Festsetzung der Belastungsgrenzen der Ausschreibung der Flußkataslerbeiträge erklärte sich der Landtag einverstanden. Die allgemeinen Finanzdinge und speziell die Nöte, die den Kommunalverbänden durch die Abbürdung der Steuerschuld entstanden sind, haben bei verschiedenen Gegenständen Anlaß zur Klage. So konnte auf die Unzulänglichkeit der Dotationsrenten hingewiesen werden, sowohl für die Unterstützung leistungsschwacher Kreise und Gemeinden, als auch bei der Unterhaltung des Chausseenetzes und bei dem Fürsorgewesen, besonders hinsichtlich der Krüppelfürsorge. (Fortsetzung folgt!)

= **(Schlesischer Städtetag.)** Am 8. d. Mts. fand zu Neisse eine außerordentliche Tagung des Schlesischen Städtetages statt zur Stellungnahme betreffend Oberschlesien. Aus den entfernteren Gauen Schlesiens waren Vertreter der schlesischen Städte nach Neisse gekommen, dessen städtische Gebäude und auch zahlreiche Privathäuser Flaggenschmuck angelegt hatten. Die hiesige Stadt war durch Herrn Bürgermeister Schulz vertreten. Der große Stadthaussaal wies eine prachtvolle Ziersträucher- und Girlandendekoration auf und war fast voll besetzt. Unter den Ehrengästen befanden sich die Herren Oberpräsident Hymmer der Provinz Niederschlesien, Oberpräsident Bitta der Provinz Oberschlesien, Regierungspräsident Jänicke des Regierungsbezirks Breslau und Regierungspräsident Büchting des Regierungsbezirks Liegnitz. Der Preußische und Deutsche Städtetag hatte Herrn Oberbürgermeister Zuelch—Allenstein als Vertreter entsandt. Außerdem waren die verschiedenen Provinzialbehörden sehr zahlreich vertreten. Der Vorsitzende des Schlesischen Städtetages Herr Oberbürgermeister Wagner—Breslau eröffnete die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten. Dann führte er weiter aus, daß die Vertreter der schlesischen Städte eine nationale Ehrenpflicht zusammengeführt habe. Schwere Sorgen lasteten auf unserem Lande um das Schicksal Oberschlesiens. Trotz des günstigen Ausfalls der Abstimmung bestehe die große Gefahr, daß das Ergebnis der Abstimmung von den Alliierten nach so ausgelegt werde, große Teile Oberschlesiens abtreunen zu dürfen. Dagegen erheben die Vertreter der schlesischen Städte Einspruch, um das schwere Unheil abzuwenden. **Oberschlesien müsse ungeteilt bleiben und die Abstimmung als Ganzes gewertet werden.** Wunsch des Schlesischen Städtetages sei auch, daß die deutsche Kultur in Oberschlesien nicht vernichtet und nationale Interessen vergewaltigt werden. — Nachdem darauf die Herren Oberpräsident Bitta und Oberbürgermeister Zuelch—Allenstein Ansprachen gehalten, erhielt Herr Oberbürgermeister Dr. Franke—Neisse das Wort zu einem Referat über Oberschlesien und fand dieses Beifall. Von einer Aussprache wurde Abstand genommen. Im Anschluß daran wurde folgende Entschließung **einstimmig** angenommen: „Die heute in Neisse versammelten Vertreter der schlesischen, insbesondere der oberschlesischen Städte, erachten es nach dem Ergebnis der Volksabstimmung für völlig ausgeschlossen, daß auch nur eine einzige Stadt Oberschlesiens von Deutschland abgetrennt wird. Es ist ihre feste Ueberzeugung auf Grund genauer Kenntnis von Land und Leuten, daß jeder von Deutschland abgetrennte Teil, er sei klein oder groß, sei industriell oder landwirtschaftlich, dauernder und schwerster wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Schädigung, ja sogar Zerrüttung ausgesetzt wird." Der Präsident und Deutsche Städtetag hatte zu der Tagung ein Zustimmungs-Telegramm gesandt, das zur Verlesung gelangte. — Mit Dankesworten für die freundliche Aufnahme der Stadt Neisse schloß der Vorsitzende den außerordentlichen Städtetag und brachte dann ein Hoch auf Oberschlesien und das gesamte deutsche Vaterland aus, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. Die Teilnahmer besichtigten dann in Gruppen unter sachverständiger Führung die Sehenswürdigkeiten der Stadt und fanden sich nach dem Rundgange im Stadthaussaal wieder ein zum gemeinschaftlichen Mittagsmahl.

= **(Das Ende der Kartoffelbewirtschaftung)** Hierüber lesen wir im Oberschlesien Kurier folgendes: Vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird den P. P. N. mitgeteilt: Nachdem durch die Verordnung über Kartoffeln vom 9. März d. Js. die Auflösung der Reichskartoffelstelle bestimmt worden ist, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in einem Rundschreiben den Landesregierungen empfohlen, auch die Auflösung der Vermittelungsstellen zu diesem Zeitpunkt in die Wege zu leiten. Gleichzeitig ist den Regierungen nahegelegt worden, den Verordnungen, durch die der Ankauf von Kartoffeln abgesehen von der allgemeinen Erlaubnis zum Handel mit Lebensmitteln, von einer besonderen Zulassung abhängig gemacht wird, für das kommende Wirtschaftsjahr aufzuheben, da die besondere Konzessionierung von vornherein nur für die Zeit des Ueberganges zur freien Kartoffelwirtschaft vorgesehen war.

= **(Von den beiden Volksschulen)** Die Zahl der Lernanfänger, die am diesjährigen Ostertermin in die evangelische Volksschule aufgenommen wurden, betrug 70 (29 Knaben und 41 Mädchen) bei der katholischen Schule 56 (28 Knaben, 28 Mädchen).

= **(Gewerbliche Fortbildungsschule.)** In die gewerbliche Fortbildungsschule traten neu ein 43 schulpflichtige Lehrlinge. Die Schule zählt z. Zt. 240 Schüler.

### Was will der „Schlesische Heimatdienst"?

Heimatliebe und gesundes Nationalbewußtsein tut den Chauvinismus wecken und pflegen, die geistige Erneuerung und geistige Erhebung des schlesischen Volkes gegen Fremdherrschaft und fremde Bedrohung fördern und zusammenfassen, sowie den Boden für die zur Revision des Versailler Friedens unerläßliche Einheit des deutschen Volkes in seinem Wirkungskreise schaffen. Parteipolitische Betätigung ist ausgeschlossen.

**Der „Schlesische Heimatdienst" will die große allumfassende Hilfsorganisation gegen alle Not des schlesischen Volkes werden, Behörden und Bevölkerung in gleicher Weise dienen!**

### Treten Sie dem „Schlesischen Heimatdienst" bei!

Anmeldungen nehmen die nächste Ortsgruppe oder Ortsnebengruppe, alle Kreisleitungen, die Bezirksleitung in Liegnitz und die Landesleitung in Breslau entgegen. Alle sind auch zur Auskunftserteilung bereit!

### Warnung vor Luftgeschäften mit Zucker.

Obwohl die Reichszuckerstelle bereits vor einigen Monaten durch die Presse verkautbaren ließ, daß alle Angebote angeblich handels- und einfuhrfreien Zuckers als Luftgeschäfte anzusehen seien, hat sich in der letzten Zeit wiederum dieses unlautere Treiben bemerkbar gemacht. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß Angebote der bezeichneten Art jeder Unterlage entbehren. Verschiedene Firmen, welche diese Angebote verbreitet haben, und die nicht im Besitz der Großhandelserlaubnis sind, werden sich wegen Handels ohne Erlaubnis zu verantworten haben. Bei anderen Firmen, die bereits früher gewarnt worden sind, wird die Entziehung der Handelserlaubnis veranlaßt werden.

### Oeffentliche Versammlung.

Der Führer des Gaues Schlesien im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Herr Struch—Breslau spricht am Montag, den 18. d. Mts., abends 8 Uhr im Saale des Hotels „zur Krone" in öffentlicher Angestellten-Versammlung über: **„Nationale oder internationale Gewerkschaft?"** Bei dem großen Interesse, das dieser Frage allseitig entgegengebracht wird, ist der Vortrag den daran interessierten Angestellten empfohlen.


# Kohlenhöchstpreise.

**Infolge der am 1. April cr. in Kraft getretenen neuen Frachtentarife und der bereits vorher erfolgten Preiserhöhung für Braunkohlen-Briketts wird der Höchstpreis für den hiesigen Versorgungsbezirk für**

**Oberschl. Grobkohlen und Oberschl. Braunkohlen-Briketts** | **auf Mk. 16.50 per Ctr.**

**festgesetzt.**

**Für Inhaber grauer Kohlenkarten (Minderbemittelte) stellt sich der Preis auf**

**Mk. 15.50 per Ctr.**

**Der Vorsitzende.**
J. V. Dr. Jacksch.

# Deutschnationale Volkspartei.

**Aus Anlaß des Ablebens unserer hochverehrten Kaiserin Auguste Viktoria werden die Mitglieder gebeten, sich möglichst aller Festlichkeiten zu enthalten, einer sechswöchigen Trauer gern zu unterziehen und in stiller Andachtsfeier ihrer zu gedenken.**

**Der Kreisvorstand.**

Von langem schweren Leiden wurde mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder und Onkel, der

**Eisenbahntelegraphist a. D.**

**Karl Schäfer**

im Alter von 63 Jahren heut durch einen sanften Tod erlöst.

Im tiefsten Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen

**Oels**, Bahnhofstr. 5, **Namslau, Breslau, Schawoine,** den 9. April 1921

**Franziska Schäfer** geb. **Steier.**

Beisetzung Mittwoch, 13. 4. 21 nachm. 3½ Uhr in Namslau (Friedhofshalle.)

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem plötzlichen Hinscheiden meines lieben Mannes, sowie für die vielen Kranzspenden und die trostreichen Worte am Grabe **sage ich allen** herzlichsten Dank.

Sterzendorf, im April 1921.

**Marie Kasparek.**

# Bekanntmachung.

Wir nehmen bis zum

**25. April d. Js.**

Zeichnungen auf die neu zur Herausgabe kommende

**4½%ige mündelsichere Schles. Kommunal-Anleihe Kurs 99%**

entgegen.

**Stadtsparkasse, Kreissparkasse und Kreisbank.**

---

## Namslauer Lichtspiele.

**Grimm's Hotel.**

Mittwoch, den 13. April 1921, 5 und 8 Uhr
Musik von Herrn Bochnig.

**„Apachenrache!"**
IV. Teil.

**„Der Affenmensch."**
Detektivfilm in 5 Akten von Jane Boß.

**Durch Wurst zur Liebe!!**
Lustspiel in 2 Akten.

---

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterbliebenen.**
Ortsgruppe Namslau, Stadt u. Land.

**Sonntag, den 17. d. Mts.,**
im Saale des Herrn **Opitz**

## Wohltätigkeits-Fest

bestehend in

**Konzert, Theater u. Tanz.**

Anfang 3 Uhr. Anfang des Theaters 7 Uhr.
Freitag abends 7½ Uhr

**Generalprobe.**

Eintritt Erwachsene 1,50 Mk., Kinder 50 Pfg.

---

Sonntag, den 17. April, nachmittags ½5 Uhr
bei **Jakob,** Schützenstr.

## Jugend-Versammlung.

**Vortrag des Herrn Würtz aus Hamburg**
über
**Ziele der deutsch-demokratischen Jugend-Bewegung.**

Unsere Mitglieder werden um vollzähliges Erscheinen gebeten. Gäste sind willkommen.

**Deutsche Demokratische Partei.**

---

Zu dem am **Sonnabend, den 16. d. Mts.** im Saale des Herrn **Schwuntek** stattfindenden

## Ulanen-Ball

werden tanzlustige Damen und Herren erwünscht.
Es ladet ergebenst ein

**das Komitee**
**4. Esk. Reiter-Regt. 8.**
Anfang 6 Uhr.

---

## Gasthaus zum Kronprinzen.

Donnerstag, den 14. April

**Schweinschlachten.**

Es ladet ergebenst ein
**P. Neumann.**

---

## 1-jähr. Stutfohlen

verkauft
**Dominium Ober-Wilkau.**

---

**Deutschnat. Handlungsgehilfen-Verband.**
**Gewerkschaft kaufm. Angestellten.**

Heute 8 Uhr pünktlich: **Mitglieder-Versammlung** im „Reichsadler".
**Sonntag, den 17. April nachm. 2 Uhr** im „Reichsadler" **Jugendsitzung,** nachher **Ausflug.**
**Montag, den 18. April abds. 8 Uhr** „Hotel zur Krone"
**Oeffentliche Versammlung.**
**Kollegen, sorgt für guten Besuch!**

---

**Die Landwirtschaftsinspektion für Oberschlesien**
**Gleiwitz, Tarnowitzerstr. 3, Tel. 238**
macht noch einmal darauf aufmerksam, daß sie bis spätestens 25. d. Mts. in der Lage ist,

**Rotklee-**
**Inkarnatklee-**
**gelbe Lupinen-**
**Raygras-**
**gelbe Eckendorfer Futterrüben-**
**Pferdezahnsaatmais-**
**Peluschken-**
**Saathafer-**
**Pflanzkartoffel-**

Ankäufe nachzuweisen.

---

## Kalkstickstoff,

geölt, wenig staubend, bietet an
**Richard Schröter.**

---

## Zentrifugen-Oel, Maschinen-Oel, Bindegarne sowie landw. Maschinen

haben stets preiswert abzugeben
**Landwirtschaftliche Central- Ein- und Verkaufs-Genossenschaft des Schlesischen Bauernvereins e. G. m. b. H. Breslau**
Geschäftsstelle Namslau.

---

**Soeben eingetroffen:**

**Ammoniak-Sulfat-Salpeter, Kalkstickstoff, Ammoniak-Superphosphat, Superphosphat, Kalisalz, sämtliche Rübensamensorten, Mohrrübensamen, Weiße Riesen, Pferdezahnmais, Wicken, Peluschken, Saatlein, Rotklee, Seradella,**

**Sommersaatweizen**
**Saathafer** } **auf Saatkarte.**

**Franz Klupsch Nachfl.**
**Carlsruhe O.-Schl.**

---

Auf der
**Domäne Schwirz,** Kreis Namslau
decken die gekörten Hengste

**„Rex", Braun, Oldenburger.**
**„Der Lothse", Glauzrappe, Halbblut,**

Deckzeit von 7–9 Uhr vorm. u. 3–5 Uhr nachm.
Deckgeld 150 Mark u. 6 Mark Stallgeld.

---

**Auf Dom. Wind.-Marchwitz**
deckt der in Klasse I gekörte, schwere

**Oldenburger Hengst**
**„Gambo".**

Deckzeit 7–8 Uhr und 4–5 Uhr.
Deckgeld 156 Mark.

---

## Wie vor dem Kriege

stellen wir wieder unser „Urbin" aus Terpentinöl und erstklassigen Edelwachsen her und bringen diese ganz hervorragende Qualität unter der Bezeichnung

**Urbin-Terpentinölware**
in Dosen mit Banderole in den Handel.

Diese Friedens-Qualität ist in allen Geschäften zu haben.
Fabrik: Urban u. Lemm, Charlottenburg.

---

## Holz-Verkauf.

Wegen Räumung der Lagerbestände gelangen auf Bahnhof Buchelsdorf preiswert

**kieferne u. fichtene, besäumte und unbesäumte Bretter und Bohlen,**

auch in kleineren Posten zum Verkauf.
Nähere Auskunft erteilt
**Zernik, Bahnhof Buchelsdorf.**

---

**200 Ztr. deutschen u. 200 Ztr. russischen**

## Saatlein,

mit 97% **Reinheit** und 85% **Keimfähigkeit** haben wir von der Deutschen Flachsbaugesellschaft Berlin zur Verteilung erhalten.

**Franz Klupsch Nachfl.**
**Carlsruhe O.-Schl.**

---

## Nachlaß-Versteigerung

**Sonnabend, den 16. d. Mts., vorm. 10 Uhr** werde ich hierselbst, **Ring 19** I. Etg. einen Nachlaß, bestehend aus

**Tischen, Stühlen, Hausgerät, Schränken, Bettstellen mit Matratzen, Sophas u. a. m.**

öffentlich versteigern.
Besichtigung ½ Std. vorher.
**Reimann,**
Gerichts-Vollzieher in Namslau.

---

**Rheuma, Gicht,**

Ischias, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen). Kostenlos teile ich gerne mit, wie tausende Patienten durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden.
Krankenschwester **Agnes,**
Wiesbaden, S. 116.

---

**Bruchkranke**

können auch ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden Sprechstunde in Breslau, Hotel „Breslauer Hof", Neue Taschenstraße 14, an jedem Montag von 10–1 Uhr.
**Dr. med. Laabs,** Spezialarzt für Bruchleiden, **Berlin W. 35.** Potsdamerstr. 102.

---

Broschüre über
**Patent**
Anmeldung u. Verwertung
umsonst durch
Walter & Co., Breslau 2.

---

**Restergeschäft**

wird eingerichtet. Laden nicht nötig. Erforderlich 3–5 Tausend Mk. Gefl. Offerten unter **D. J. 4437** an **Rudolf Mosse, Dresden.**

---

**Verlobungsring**

**verloren,** gezeichnet **M. G. Weihnachten 1919.** Gegen Belohnung abzugeben im Hotel „Schwarzer Adler" in Namslau.

---

**Graue Henne u. 1 Hahn**

abhanden gekommen. Gegen Belohnung abzugeben in der Exp.

---

Frische

## Seefische

empfiehlt
**Rudolf Wünsch.**

---

**Zickelfelle**

sowie alle Arten Häute und Felle, Roß- Kuhschweif- u. Schweinehaare, Blasen und dergl. kaufen
**Gutsche & Co., Breslau I,**
Tel. Ohle 1171.
Ursulinerstr. 19/20.
Bei größ. Posten vers. Abnahme.

---

**Grauer Sommeranzug,**

gut erhalten, zu verkaufen
**Schützenstr. 5, part.**

---

**Gute Nutzkuh**

steht zum Verkauf. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

---

**Schäferhund,**

sehr wachsam und scharf, schönes großes Tier, sehr billig zu verkaufen.
**Atelier Heinrich,**
Wilhelmstr. 8

---

Eine

**neue Britschke**

steht zum Verkauf bei Schmiedemeister **Pohl,** Namslau.

---

**Bettfedern**

verkauft
**Tatschke,** Ring 15 I.

---

Eine durchaus perfekte, tüchtige

**Schneiderin**

für mein Kleider- und Kostüm-Atelier für **sofort gesucht.**
**Albert Bielschowsky,**
**Leinen- und Wäsche-Ausstattungshaus.**

---

Tüchtiges, ehrliches

**Küchenmädchen**

vom Lande wird für gleich gesucht.
**v. Klitzing,**
**Stein,** bei Sibyllenort.

---

Nebst 1 Beilage

# Beilage zu Nr. 29 des „Namslauer Stadtblattes"

Namslau, Mittwoch, den 13. April 1921.


## Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegsgefangenen.

Am Dienstag, den 29. März d. Js., nachmittags 3 Uhr hatten sich die letzten unserer lieben aus der Kriegsgefangenschaft in unseren Heimatkreis Namslau heimgekehrten Brüder zu einer Begrüßungsfeier, die von der Stadt- und Kreiskriegsgefangenenheimkehrstelle veranstaltet worden war, in Grimms Hotel eingefunden. In liebenswürdiger Weise hatte sich auch der hiesige Männergesangverein in den Dienst der Sache gestellt. — Kommissarischer Landrat Herr Dr. Jackisch hieß alle Zurückgekehrten im Namen des Kreises und der Stadt mit warmen, herzlichen Worten in der Heimat willkommen. Er wies dabei auf die gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse unseres deutschen Vaterlandes hin und sprach die Hoffnung aus, daß jedem Heimkehrer die baldige Rückkehr in ein geregeltes Erwerbsleben möglich werden möchte. — Darauf nahm auch Herr Kreisschulinspektor Schönborn Gelegenheit, alle Erschienenen im Namen der Stadt- und Kreiskriegsgefangenenheimkehrstelle zu begrüßen. Mit herzlichen Worten erwähnte er die früheren Begrüßungsfeiern, bei denen stets mit banger Sorge der noch außerhalb der Grenzen Deutschlands befindlichen Leidensbrüder gedacht worden war und brachte die Freude der Heimat über die fast restlose Rückkehr unserer viele Jahre vom rachsüchtigen Feinde in Gefangenschaft zurückgehaltenen Brüder zum Ausdruck. — Die von dem Männergesangverein dargebrachten herzerfrischenden Gesänge, denen sich eine Fidelitas anschloß, trugen zur Verschönerung und dem rechten Wohlgelingen der Feier bei. — Für das leibliche Wohl war durch rührige Hände ausreichend Sorge getragen, und gemütliche Stunden frohen Beisammenseins verannen. Aus der Mitte der Heimkehrer wurde den Veranstaltern des Begrüßungsfestes mit herzlichen Worten gedankt und alle Anwesenden schieden in dem Bewußtsein, daß die Heimat glücklich über ihre Heimkehr, nichts unterlassen hat, sie herzlich zu empfangen. — Lange werden allen Teilnehmern die verlebten Stunden in Erinnerung bleiben.

---

**Hennersdorf.** [**Berichtigung.**] Die im Namslauer Stadtblatt unter Artikel Hennersdorf erhobenen Anschuldigungen betr. die polnischen Mitglieder des paritätischen Ausschusses weise ich meinerseits zurück, da mir nichts davon bekannt ist. Karl Pukalla.

---

— Von maßgebender Seite wird uns mitgeteilt, daß entgegen den Zeitungsnotizen, die bisher erschienen sind, der am 31. März 1921 für die Metallindustrie Niederschlesiens gefällte Schiedsspruch vom Reichsarbeitsministerium bezw. vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe noch nicht für verbindlich erklärt worden ist.

Soweit bekannt, ist seitens der Arbeitnehmer bei diesen Ministerien der Antrag gestellt worden, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Nach der letzten Praxis des Reichsarbeitsministerium ist es aber sehr fraglich, ob das Reichsarbeitsministerium diesem Ersuchen nachkommen wird.

---

# Aufruf!

## Kinder in Not!

Der Krieg hat unerhörte Verluste an Menschenleben gekostet. Unzählige Opfer an Gut und Blut wurden gefordert. Ueberall Not und Elend. Schwere Schäden der Gesundheit bei Männern und Frauen sind als Folgen zu überwinden.

Unheilbar aber werden die Folgen jahrelanger Nahrungsnot für unsere Kinder. Hier droht der Zukunft ernste Gefahr. Groß ist die Not unseres Volkes. Am schwersten aber leiden darunter diejenigen, welche nicht selbst für sich sorgen können, besonders unsere Kinder. — Die deutsche Aerzteschaft hat in ihrer täglichen Arbeit schmerzlich erfahren müssen, wie verderblich Unterernährung, Mangel an Bekleidung, an körperlicher und geistiger Pflege im Verein mit den ungünstigsten Wohnungsverhältnissen auf die leibliche und seelische Entwickelung unseres heranwachsenden Geschlechts gewirkt haben. Entsetzlich sind die Tatsachen, die aus den trockenen Zahlen der Statistik zu uns sprechen. Die körperliche und geistige Verelendung unserer Jugend wächst furchtbar.

Der Gesundheitszustand der deutschen Jugend ist erschreckend. Täglich steigen die furchtbaren Zahlen der an Tuberkulose und Rachitis schwer erkrankten Kinder, die dem Tode oder schwersten Siechtum entgegengehen. Allein im Jahre 1918 waren es 11739 Kinder, die von dieser Volkssseuche dahingerafft wurden. Weit über zwei Millionen Kinder sind stark unterernährt.

### Hilfe tut Not!

Das Elend kann nicht länger mit angesehen werden. Der finanziell erschöpfte Staat kann nicht in dem notwendigen Maße eingreifen. Das Ausland hat sich der Kinder schon angenommen. Hunderte von Millionen wurden schon zur Linderung des Kinderelends aufgebracht. Mit unserem Dank dafür ist nicht genug getan. Es gilt die Rettung unseres eigenen Nachwuchses. Aus dieser großen Not heraus haben die großen Wohlfahrtsorganisationen unter Zustimmung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände die

### Deutsche Kinderhilfe

ins Leben gerufen. Alle Kreise der Bevölkerung wollen und müssen helfen. — Für den Kreis Namslau ist ebenfalls ein Ortsausschuß der deutschen Kinderhilfe gebildet worden, dem alle Wohlfahrtsorganisationen und Vertreter aus allen Schichten der Bevölkerung angehören.

### Einwohner des Kreises Namslau,

ohne Unterschied des Standes und der Partei, verschließt euch nicht der Not der deutschen Kinder. Hart ist die Zeit, schwer und drückend ist die Not. Noch nie hat eure Opferwilligkeit versagt. Helft alle. Auf jeden einzelnen kommt es an. Gebt freudig und reichlich und unterstützt die Geldsammlung. **Ein namhafter Teil der Sammlung verbleibt dem Kreise und kommt der Kreisbevölkerung zugute.**

Die Sammlung wird in der Zeit vom 10. bis 17. April 1921 durchgeführt und sind die Geldspenden und Sammelergebnisse auf das Postscheckkonto der Kreiskommunalkasse Namslau Breslau Nr. 6186 abzuführen.

**Kinder in Not!** Helft!

**Der Stunde erstes Gebot!** Gebt reichlich!

**Der Ortsausschuß der Deutschen Kinderhilfe für den Kreis Namslau.**

**Dr. Jackisch,** Kom. Landrat und Vorsitzender

**F. Hoffmann,** Ratsherr und Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes.

Kreisarzt Dr. med. Ernst, Pastor Fuhrmann, Klara Hain, Klara Haselbach, Beigeordneter Koschwitz, Amtsgerichtsrat Muschallik, Kaplan Niechon, Berta Peuker, Elise Lichler, Buchbindermeister Hirsch, Lehrer und Amtsvorsteher Fuhrmann—Kaulwitz, Rittergutsbesitzer Goldert—Wilkau, Gutsbesitzer Christian Hermann—Strehlitz, Pfarrer Kubis—Michelsdorf, Lehrer und Amtsvorsteher Petzold—Bankwitz, Pastor Riebe—Hönigern.

---

## Forstl. Spreng- und Gerätetag.

Die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer Schlesien, Breslau hält am 2. Mai einen Spreng- und am 3. evtl. noch am 4. Mai einen Forstgerätetag in der Oberförsterei Klemberg bei Obernigk ab. Am ersten Tage finden Versuche zur Sprengung von Baumstubben statt, wozu ca. 12 verschiedene Sprengmittel zur Verfügung stehen. Der Gerätetag dient zur Vorführung von forstl. Maschinen wie Untergrund- und Kulturpflüge, Rodemaschinen, Baumwinden, Rückwagen, Sämaschinen usw. Gleichzeitig kommen eine große Anzahl forstl. Kultur- Forstbenutzungsgeräte pp. zur Ausstellung. An demselben Tage findet eine Vorführung des Cowra-Impfstich-Impf. Verfahrens statt.

Sämtliche Interessenten, besonders die Herren Waldbesitzer und Forstbeamten, werden zur Teilnahme an den Vorführungen eingeladen. Treffpunkt an beiden Tagen Obernigk, Bahnhof, früh 7[49] Uhr.

Frühstücksmöglichkeit ist gegeben.

---

## Nehmt Schwestern zur Erholung auf!

Uns geht folgender Aufruf zu: Nach einem mühevollen Jahr in abgeschlossenem Krankenhausbetrieb oder dem täglichen Treppauf, Treppab der Fürsorgearbeit bedarf ein großer Teil unserer 5000 über ganz Deutschland verteilten Schwestern dringend für den Jahresurlaub eines Landaufenthalts mit viel Licht, Luft und Sonne, einer Ernährung, die nicht ganz so knapp an Milch, Butter, Eiern ist wie die der Großstädte und Industriegegenden jetzt. Wer ein sonniges ruhiges Gastzimmer für mindestens 4 Wochen frei hat, stelle es für eine Schwester zur Verfügung. Soll sie in der Zeit auch möglichst ganz von allem Beruflichen ausgeschaltet sein, so wird ihre reichliche Lebenserfahrung doch manche nützliche Anregung ins Haus bringen. Der größte Teil der Schwestern ist jetzt gut genug besoldet, um einen vernünftigen Preis für einen Landaufenthalt zahlen zu können, eine kleine Gruppe kann allerdings nur an Ferien denken, wenn sie als Gäste eingeladen werden. Im letzten Jahre haben Schweden und Finnland in großzügigster Weise geholfen. Sollten wir uns an unsere eigenen Landsleute vergebens wenden? Unsere größte Sorge ist die Obdachlosigkeit einiger jetzt invalidenwerdender älterer Schwestern. Sollten nicht in einem oder anderen größeren Landhaushalt zwei Tantenhände willkommen sein, die immer für so manche zeitberaubende geduldfordernde Arbeit bereit sind: Strümpfe stopfen, Gemüse und Obst vorbereiten u. dergl.? Die Invalidenrenten reichen wohl für die Barausgaben, aber nicht für Wohnung und Kost. Eine alte Schwester kann ein Segen im Hause werden! Da möglichst im April die Festlegung der Urlaube erfolgen muß, werden umgehend Meldungen mit Angabe von Zeit und Dauer, ob unentgeltlich oder zu welchem Preis und unter welchen sonstigen Bedingungen, der Post- und Bahnstation, Entfernung und Beförderung zu der letzteren erbeten vom Vorstand der Schwesternschaft der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands, Berlin W. 50, Regensburger Straße 28.

---

*** **Stadtbriefkasten.** Am Hause des Herrn Winkler, Kasernenstraße 35, ist ein neuer Stadtbriefkasten angebracht worden.

---

# Notschrei einer deutschen Stadt in Polen.

Es wird der „Schles. Volksztg" geschrieben:

## Das rein deutsche Städtchen Reichthal,

das — früher in Mittelschlesien gelegen — sich sichtbaren Aufblühens erfreute, und das bekanntlich durch den Friedensvertrag auf Betreiben einiger polnischer Rittergutsbesitzer ohne Abstimmung an Polen abgetreten worden ist, geht jetzt mit Riesenschritten dem Verfall entgegen. Ein Jahr polnischer Herrschaft hat genügt, um das Städtchen an den Abgrund zu bringen. Die wirtschaftliche Lage der Einwohner ist geradezu trostlos, sie spottet jeder Beschreibung. Der Ruin der Gewerbetreibenden, die sich früher fast durchweg einer gewissen Wohlhabenheit erfreuten, ist

unabwendbar. Wohl fühlen sich lediglich die eingewanderten polnischen Rittergutsbesitzer der Nachbarschaft, die — unter ihnen der Herr Landrat von Kempen — die früheren staatlichen Domänen zu einem Zins von durchschnittlich 6 bis 20 polnischen Mark für den Morgen gepachtet haben! Die Polen nennen dies bekanntlich „Auteilung der Güter"! — Die Entwickelung der traurigen Verhältnisse in Reichthal, die durch einen **ganz beispiellosen Warenmangel** besleunigt worden ist, war unvermeidbar, da Reichthal sowohl in wirtschaftlicher als auch in jeder anderen Beziehung stets **nur auf Deutschland angewiesen** war, während es von jeher zu Polen bezw. zur früheren Provinz Posen absolut keine Beziehungen hatte. Die Auteilung dieser Stadt an Polen ist daher ein **himmelschreiendes Unrecht,** das durch den Friedensvertrag an den fast restlos deutschen Einwohnern in gewaltsamer und eigenmächtiger Weise verübt worden ist. Jetzt droht dieser unglücklichen Stadt, die auch unter fremder Herrschaft trotz aller Polonisierungsbestrebungen in geradezu vorbildlicher Weise ihr Deutschtum bewahrt hat, der völlige Niedergang. Den **benachbarten Ortschaften des Kreises Namslau** war bekanntlich die Abstimmung zugebilligt worden; sie haben sich, wie nicht anders zu erwarten war, **am 20. März mit überwältigender Mehrheit — zum Teil einstimmig — für das Verbleiben bei Deutschland entschieden.** Der Stadt Reichthal ist es nun beschieden, die äußerste Spitze einer Landzunge zu bilden, die aus Polen in den Kreis Namslau hineinragt. Das Bestreben der Einwohner geht nun dahin, gelegentlich der Festsetzung der oberschlesischen Grenze gegen einen **überwiegend polnischen Grenzort Oberschlesiens,** der die Einverleibung nach Polen erlebnt, ausgetauscht und Deutschland wiederum zugeteilt zu werden (welchen? Red.) Diese Bestrebungen der Einwohner von Reichthal, denen man seinerzeit durch eine grobe Irreführung der Entente die Abstimmung verlegt hat, suchen jetzt die Polen zu verhindern. Sie haben nach bekanntem oberschlesischen Rezept in Reichthal ein an die Interalliierte Kommission gerichtetes Schreiben in Umlauf gesetzt, in dem die Reichthaler ihre „Freude über den polnischen Sieg in Oberschlesien" (die Wahrheit wird den durch Grenzsperre, Belagerungszustand und Zeitungsverbote drangsalierten Bewohnern vorenthalten) ausdrücken und den Wunsch äußern, auch in Zukunft bei Polen verbleiben zu wollen! Dieses irreführende polnische Machwerk hat im ganzen 26 Unterschriften gefunden. Von den Unterzeichnern sind 25 **seit der Okkupation eingewanderte Polen** (Beamte usw.) und ein **einziger früherer „Deutscher",** der Stadtverordnete von „Polens Gnaden" Thomas **Fuhs,** ein Mann, der sich wiederholt in äußerst abfälliger Weise über das schwere Geschick, das die Stadt durch die Auteilung an Polen getroffen, geäußert hat. Wenn auch dieser Verrat am Deutschtum die Bewohnerschaft in ihrem Unglück doppelt schmerzt, zumal Gegenaktionen naturgemäß nicht unternommen werden dürfen, so hoffen doch die treu deutschen Einwohner Reichthals zuversichtlich, daß dennoch Recht und Gerechtigkeit siegen, und daß ihre Bemühungen, wiederum dem alten Vaterlande einverleibt zu werden, Erfolg haben werden. Im übrigen hat die politische Regierung die **deutschgesinnten Stadtverordneten und Magistratsmitglieder ihrer Ämter entsetzt und eingewanderte Polen ohne jede Wahl mit diesen Ämtern betraut.** Diese Maßnahme wird sicher dazu beitragen, bei der bekannten polnischen Mißwirtschaft den Verfall der Stadt noch zu beschleunigen.

Die Einwohnerschaft von Reichthal wendet sich daher immer und immer wieder mit der Bitte an **alle,** die noch ein Herz im Leibe haben, **dazu beizutragen, daß das furchtbare und unverdiente Geschick endlich von ihr abgewendet wird.**

---

**Neumarkt.** Einen eigenartigen Tod fand in der hiesigen Apotheke der Hausgeselle Richota. Er sollte Chloroform aus dem Keller holen und stieß bei dieser Gelegenheit das Gefäß um. Die ausströmende große Menge des Chloroforms betäubte ihn und er verstarb unter der Einwirkung der Einatmung.

---

# Der Berg des Lichts.

Roman von **Anny Wolfe.**

(Nachdruck verboten).

4. Fortsetzung.

„Wollen wir wetten?" — „Ich wette nicht, Graf, wenn ich auch weit entfernt bin, dem alten Sprichwort beizustimmen, das da sagt: „Wer Lust hat zu wetten, hat Lust zu betrügen", so liegt es mir doch ganz fern, meine Gedanken und Gefühle als Zielscheibe einer Wette zu machen, mögen sie Ihnen nun hold oder unhold sein. Warum aber kommen Sie immer wieder auf etwas zurück, was mich zwingt, Ihnen Unliebsames zu sagen?" — „Ich hörte auch gern etwas Lieberes," gab er leicht scherzend zurück. — Ein kühl verweisender Blick aus den sonnigen Mädchenaugen traf ihn, der seine Augen zu Boden zwang. — „Sie zürnen mir, Fräulein v. Wedel?" — Rhoda lächelte, wie man einem kranken Kinde zulächelt. „Nein, Graf, ich zürne nicht, ich hoffe nur, Sie heilen zu können, von —" — Sie konnte nicht vollenden denn draußen wurden Stimmen und schwere Männerschritte laut. Einige hastige Worte hin und her, dann öffnete sich die Tür und zwei Männer — augenscheinlich Führer — trugen einen leblosen Körper hinein und legten ihn auf die ledergepolsterte Bank der dürftigen Gaststube, während ein anderer, sehr vornehm aussehender junger Mann hastig folgte. — Er sah weder die Damen, noch Graf Berlitz, seine Blicke ruhten nur mit angstvoll fragendem Ausdruck auf dem totblassen Angesicht des Mannes, der auf der Bank ruhte und kein Zeichen des Lebens von sich gab. — „Lebt er?" rief er fast tonlos, und seine hellen braunen Augen irrten angstvoll zu den Führern. Der ältere winkte schweigend mit der Hand. — „Gemach, gemach, gnädiger Herr", mahnte er, „der Blutverlust war nur zu schlimm." — „Sag', Tonerl, hast denn keine Betten," wandte er sich an die Wirtin, „wo wir den hohen Herrn 'nein tun könnten?" — Der Blick Tonerls irrte fragend zu Rhoda hinüber. — Rhoda schritt zu einer gegenüberliegenden, kleinen Tür, und diese aufdrückend, sagte sie: „Bitte, wollen Sie den Verwundeten hier niederlegen — wir gebrauchen das Zimmer nicht." — Ein funkelnder Blick des Indiers traf sie, Rhoda aber ließ sich nicht beirren, sie schritt den Männern voraus in das kleine Gemach, das sogenannte „Damenzimmer" der Hütte, das die Wirtin vorhin ihr und Traute für einige Stunden des Ausruhens zur Verfügung gestellt hatte, und glättete mit eigener Hand die Kissen eines groben, rot und schwarz gewürfelten Bettes, von denen vier an der Zahl in Reih und Glied in dem engen Raum aufgestellt waren. — Traute hatte sich schon vorhin ein wenig gegrault vor diesen Betten und behauptet, in solchen schliefe sicherlich nur das Teufels Großmutter, wenn sie Zahnweh hätte. — Graf Berlitz und Traute waren unwillkürlich auch mit in das Zimmer getreten. Rhoda aber sagte sehr energisch zu ihrer Base: „Bleibe hübsch draußen, Kind, das ist nichts für Dich", und sich an den Indier wendend, fügte sie hinzu: „Ich empfehle Traute Ihrem Schutze, bester Graf, also bitte." — Zornig blitzte es in den dunklen Augen des Mannes auf. „Sie wollen mich auf alle Fälle entfernen", flüsterte er, „fühlen Sie denn nicht, wie wenig passend es für eine Dame ist, wenn sie hier allein mit den fremden Männern zurückbleibt." — „Eine „Wedel" weiß stets, wie sie sich zu benehmen hat", gab Rhoda kühl zurück, während sie mit sicherer Hand den Rockärmel des Fremden, aus dem das Blut sickerte, aufschnitt, und die Führer fragte, ob sie Verbandszeug bei sich trügen. — Eifrigst wurde das bejaht, man bemühte sich, alles, was gebraucht wurde, der schönen Dame, die sich so selbstverständlich des Verwundeten annahm, herbeizutragen, und Graf Berlitz und Traute blieb nichts anderes übrig, als sich wieder in die Gaststube zurückzuziehen, wenn sie nicht aufdringlich erscheinen wollten. Traute tat es schmollend, Berlitz in grollender Wut, um so mehr, als er sah, daß der schöne, junge Begleiter des Verunglückten nicht von Rhodas Seite wich und ihr eifrigst behilflich war, die tiefe Wunde am Arm des Verletzten zu reinigen und zu verbinden. — „Die versteht's", murmelten die Führer und zogen sich auf einen Wink des jungen Mannes still zurück. — „Haben Sie tausend Dank, mein gnädiges Fräulein", sagte der Fremde, nachdem der Verband kunstrecht befestigt war, „es scheint mir weniger gefährlich, als ich zuerst glaubte. Nur der starke Blutverlust und der jähe Sturz aus der Höhe hat meinen Gebieter wohl so betäubt, daß er immer wieder in tiefe Ohnmacht zurückfällt." — „Die Verletzung des Armes scheint auch mir nur leicht", entgegnete Rhoda. — „Die Stirnwunde hat wohl weniger zu sagen?" — „Nein, gar nichts", sagte Rhoda mit leisem glücklichen Lächeln, „hoffentlich hat keine Erschütterung des Gehirns stattgefunden, und Durchlaucht erholt sich schnell von dem Unfall." — Der Verwundete schlug matt die Augen auf, schloß sie aber sofort wie geblendet wieder. — „Was, ist es möglich, gnädiges Fräulein, Sie kennen den Prinzen?" — „Wie Sie selbst, Baron Harald von Plessen", gab Rhoda, sich an seinem Erstaunen weidend, zurück. — Ein forschender Blick irrte über sie hin, dann aber lachte es sonnig in den dunklen Augen auf, und der junge Mann rief strahlend vor Entzücken: „Rhoda, wahrhaftig Rhoda, meine liebe, kleine Spielkameradin." — Beinahe hätte er gerufen, meine kleine Braut, aber er verschluckte die Worte und fügte hinzu: „Ja, zwölf Jahre sind eine lange Zeit, die sich zwischen einst und heute gelegt. Aber der Unfall des Prinzen muß mich ganz nervös gemacht haben, daß ich Sie nicht sofort erkannte." — Er streckte Rhoda herzlich die Hand entgegen, und sie legte die ihre mit warmem Druck hinein. — „Wir hatten einen so köstlichen Aufstieg auf die Königsspitze", fuhr Harald v. Plessen in leisem Flüstertone fort, „alles ging glatt wie am Schnürchen. Durchlaucht ist ein sehr kühner Bergsteiger, mit dem sich so leicht keiner messen kann, beim Abstieg aber passierte es ihm doch, daß er fehltrat und lautlos einige fünfzig Meter hinunterstürzte. Ein paar Schritte weiter zurück oder vorwärts wäre er unrettbar verloren gewesen, so gelang es im Verein mit den ausgezeichneten Führern Durchlaucht leicht wieder auf den Weg zurückzubringen. Die tapfern Männer haben meinen hohen Herrn fast zwei Stunden weit unausgesetzt getragen, was bei dem schwierigen Weg und dem schlechten Schnee da oben keine Kleinigkeit war. Gottlob, jetzt sind wir geborgen und das Schlimmste ist vorüber." — Wieder schlug der Prinz die Augen auf — große, graue, glänzende Augensterne — ein Lächeln, mild wie ein Kindeslächeln huschte über sein von einem langen, blonden Vollbart umrahmtes Antlitz, das zwar von der Sonne gebräunt, jetzt aber doch erdfahl aussah, und, die Hand Rhodas ehrfurchtsvoll an seine Lippen führend, sagte er leise: „Ich glaubte zu träumen, Fräulein v. Wedel, als mir langsam die Erinnerung wieder kam, und ich Sie sah, aber ich habe nicht geträumt, es ist Wahrheit — ich sehe Sie, und ich brauche die Augen nicht zu schließen, damit das Traumbild nicht entschwinde, das ich zu sehen meine. Haben Sie Dank." — Aber die Augen schlossen sich doch wieder — ein glückliches, traumhaftes Lächeln war es, das über des Prinzen Antlitz glitt —, dann zeigten die tiefen Atemzüge des Verwundeten, daß er fest schlief. — Rhoda stand auf und Harald folgte ihr bis zur Tür. — „Mein Werk ist getan", sagte sie, dem so lange nicht gesehenen Jugendgespielen herzlich die Hand zum Abschied reichend, „wir müssen uns eilen, wenn wir noch vor Abend Sulden erreichen wollen." — Und mit Harald in die Gaststube tretend, sagte sie heiter: „Sieh nur, Traute, wen ich hier habe, meinen lieben Spielkameraden Harald, von dem ich Dir schon oft erzählt. Sie erinnern sich wohl noch meiner Base", und dann sich zu Berlitz wendend, der grollend am Fenster stand, fügte sie hinzu: „Darf ich auch die Herren miteinander bekannt machen?" — „Baron v. Plessen." — „Graf Berlitz." — Eine eben so steife Verbeugung von der einen wie von der andern Seite und ein ernstes Mustern herüber und hinüber. — Traute aber lachte fröhlich auf und sagte, dem Baron die Hand reichend: „Sind wir denn da eigentlich nicht Vettern?" Alle lachten, und Harald sagte amüsiert: „Natürlich, Bäschen, wir sind Vettern!" — Und dabei lachte er dem Blondkopf so strahlend in die Augen, daß Traute so rot wie ein Purpurröschen wurde. Dann nahm er mit den herzlichen Worten „Hoffentlich auf baldiges Wiedersehen in Sulden" Abschied von den dreien und ging zurück in das „Damenzimmer" zu seinem Gebieter, während die Führer schon auf dem Wege ins Suldental waren, um alles Erforderliche zu einem bequemen Transport des hohen Kranken herbeizuschaffen. — Auch Graf Berlitz und die beiden Damen begannen den Abstieg. Graf Roman Berlitz überließ es aber dieses Mal dem Führer, Traute bei den schwierigsten Stellen behilflich zu sein, und Traute sagte wütend zu sich selbst: „Der Mensch ist ein Barbar, erst tut er immer schön, und nachher ist nichts dahinter, aber entzückend ist er doch."

(Fortsetzung folgt.)